

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstet wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 18 b.
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserate für die sechspaltige Kolonelle oder deren Raum
2 Mark; bei Wiederholungen Rabatt.
Stellenvermittlungen pro Zeile netto 1 Mark.

Ja einer Aufl. von **237 200** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wir haben ein gutes Halbjahr hinter uns — wenn wir es nicht wüßten, weil wir es mit sehenden Augen erlebt, so müßten die Statistiken und der Börsenkurszettel uns es lehren. Der Arbeitsmarkt im Juni war vielleicht noch besser als der im Mai, und der Versand der Hochofen- und Stahlwerke betrug weit mehr, als die Syndikate ihnen zugewiesen hatten. Der Stahlwerkverband veränderte im Juni 442728 Tonnen, allerdings um 52155 Tonnen weniger als im Mai dieses und um 4928 Tonnen weniger als im Juni vorigen Jahres, aber um 8,25 Prozent mehr als die Verteilungsziffer und absolut auch mehr als im April. Der Rückgang im Juni veränderte sich in sein Gegenteil, wenn man bedenkt, daß es im Juni 22, im Mai hingegen 27 Arbeitstage gab. In der Siegerländer Hoheisenindustrie, die ihre Produktionsbeschränkung von 95 auf 25 Prozent ermäßigt hatte, ist überhaupt kaum mehr von einer Einschränkung die Rede.

Das zweite Semester leitete der deutsche Kapitalismus in würdiger Weise mit einer Spekulationshauffe der Berliner Börse ein.

Weshalb eigentlich in der zweiten und ärgeren der beiden letzten Wochen die Aktien der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerksgesellschaft um 35 Prozent, die von Ruders um 9 Prozent und von Bochum um 8 Prozent stiegen, weiß „kein Mensch“ außer den Direktoren, die die Fäden in der Hand haben. Neue Konzentrationen, neue Verschmelzungen von Unternehmungen? Der Aufsichtsrat der Deutsch-Lugemburgischen hat die fragenden Spekulanten ohne Antwort gelassen und nur zugeflüßelt, daß überhaupt etwas im Gange ist. Was wird es schon rechtzeitig erfahren, ob Deutsch-Lugemburg mit Wülheim, oder was sonst für einem Unternehmen, vereinigt wird, erst müssen die Großen — Thyssen und Stinnes und die Banken — ihr Schäfflein im Trocknen haben. Es wird eine dankbare Aufgabe der Wirtschaftsgeschichte sein, festzustellen, welche Profite die Banken an dem Konzentrationsprozeß der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie gemacht, und ebenso wie sich dieser Prozeß anarchisch nach den Profitbedürfnissen der Mächtigen vollzogen.

Urteilt man nach der Industriellenpresse, dann muß man zu dem Schlusse kommen, die Konjunktur sei überhaupt nicht umzubringen. Die in Eisen erscheinende Deutsche Bergwerkszeitung läßt die Lagerbestände der Hochofenwerke wie den Schnee vor der Sonne schmelzen, das ist wirklich viel. Natürlich ist das Blatt mit den Preisen nicht zufrieden. Die Spannung zwischen den kartellierten gemischten Werken und den reinen Betrieben der Stabeisen-, Blech- und Drahtindustrie läßt sie wie drückende Schwüle auf dem Eisenmarkt lagern. Ähnlich sagte die Rheinisch-Westfälische Zeitung, daß in Hoheisen, Halbzeug, Schienen und schweren Formeisen die Verhältnisse andauernd günstig seien und die Stahlwerke reichliche Aufträge erzielen. Weniger erfreulich ist die Lage in den fertigen Erzeugnissen, in denen freier Wettbewerb herrscht — die drückende Schwüle — die, so sagt das Blatt, bessere und lohnendere Preise gar nicht auskommen läßt. Die Walzdrahtwerke haben Aufträge für mehrere Monate; das Röhrengeschäft ist befriedigend, die Stahlformgießereien sind durchgängig gut beschäftigt und können zum größten Teile kurze Lieferfristen nicht annehmen, die Nachfrage nach Handelsgütern fängt an, sich für das Herbstgeschäft der Händler zu beleben. Die Maschinenfabriken sind heute durchweg teils reichlich, teils genügend mit Arbeit versorgt, sowohl in Dampfmaschinen wie Werkzeugmaschinen, und ebenso ist die Lage der Kesselfabriken und Konstruktionswerkstätten hinsichtlich der Beschäftigung durchaus befriedigend. Aber dort wie hier klagt man über ungenügende, wenig lohnende Preise. „Dieselbe Erscheinung zeigt sich übrigens ja fast in allen fertigen Erzeugnissen des Eisenmarktes — viel Arbeit und geringer oder gar kein Verdienst!“

Über Preiskonventionen in der Kleineisenindustrie läßt das Berliner Tageblatt sich aus Düsseldorf berichten. Nicht nur in der Nietenindustrie besteht eine solche. Die Schrauben- und Mutterfabriken, die ebenfalls gut beschäftigt sind, haben eine Genossenschaft mit beschränkter Gastpflicht, Vereinigte Deutsche Schraubenfabriken, gegründet, deren Zweck es ist, gemeinsam größere Bestellungen auszuführen und einheitliche Preise aufzustellen. In der Feilenindustrie sind ähnliche Bestrebungen am Werke und sie sind nach dem Berliner Tageblatt nicht aussichtslos. Die zehn größten Firmen der Welbeter Schloßindustrie haben durch eine Preiskonvention die Preise für die gangbarsten Schloßarten festgelegt. Es wird versucht, die Konvention noch weiter auszubauen, doch dürfte sich der Vielseitigkeit der Betriebe wegen ein Syndikat nach dem Muster der großen Verbände kaum errichten lassen. Immerhin — wir stehen hier einer sehr bemerkenswerten Zahl von Kartellgründungen gegenüber und die Kleineisenfabrikanten haben heute nicht mehr Unrecht, wenn sie den holden Traum mühevoller Kartellprofite zu träumen beginnen.

In der elektrischen Industrie berichten die kleinen Fabrikationsgesellschaften Schorch in Rheindt, die Gesellschaft für elektrische Industrie in Karlsruhe und andere über ansehnliche Aufträge, die ihnen zugefallen, ein Beweis dafür, daß es den großen gut geht und daß eine hohe Preisbasis in Deutschland herrscht. Die großen arbeiten natürlich im großen Maßstab. Die Siemens-Schuckertwerke in Berlin haben mit der Maschinenfabrik Drlikon bei Zürich ein Abkommen getroffen, die Ummwandlung der Schweizer Volkbahnen für elektrischen Betrieb gemeinsam zu

studieren. Auf diesem Gebiet hat Drlikon Erfahrungen im ausrichtsvollen Einphasenbahnsystem, die Siemens-Schuckertwerke verfügen über ihre Erfahrungen bei den bekannten Schnellfahrten. Die Schweizer Volkbahnen scheinen ein lohnendes Gebiet für die elektrische Traktion zu sein, sonst wäre die Allianz wohl nicht geschlossen worden. Sie soll übrigens jedenfalls ein Gegengewicht gegen die ebenfalls Berlin-schweizerische Vereinigung Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft-Brown, Boveri & Co. bieten. Die beiden bekannten Schweizer Unternehmungen segeln jetzt im Berliner Fahrwasser.

Ein allgemeines Urteil über die Lage der Metallwarenindustrie zu fällen, ist immer sehr schwierig, obwohl sich die Lage wie in anderen Industrien mit der Allgemeinen Konjunktur im Reich und auf dem Weltmarkt ändert. Denn ob ein Unternehmen Blechwaren für Bauzwecke oder für die Maschinenindustrie, oder ob es Waren erzeugt, die direkt in den Konsum eingehen, Petroleumlampen, Spielzeuge oder kunstgewerbliche Artikel, immer wird es von der Konjunktur beeinflusst sein. Ist Krisenzeit, dann verbrauchen nicht nur die Maschinenfabriken, sondern auch die Arbeiter als Konsumenten weniger Metallwaren. Neben der allgemeinen Strömung auf und ab bestehen aber gerade wegen der Mannigfaltigkeit der Produkte und ihres Gebrauchs so viele Nebenströmungen, daß das Bild immer viel undeutlicher ist wie etwa in der Eisen- oder in der Maschinenindustrie. Ein aktuelles Beispiel ist sicherlich die Wirkung des russisch-japanischen Krieges und der Revolution auf dem russischen Markt. Kein Zweifel, er geriet in eine Krise. Und wenn beispielsweise der Bericht der Handelskammer in Lübeck konstatiert, daß das Exportgeschäft in emaillierten und verzinteten Koch- und Wirtschaftsgeschäften empfindliche Verluste erlitt, daß besonders der sibirische Markt verloren ging, so wäre man ohne weiteres bereit, dieses Urteil auf die ganze Metallwarenindustrie auszudehnen und nur die Patronen- und die Konservendosenindustrie davon auszunehmen. Weiter unten finden unsere Leser aber den Bericht einer Leipziger Lampenbrennerfabrik, deren Warschauer Filiale jetzt bessere Geschäfte macht als je. Die Ursache hieron können wir kaum einsehen; offenbar hat das russische Volk jetzt nach jeder Hinsicht ein größeres Bedürfnis nach Licht. Um ein richtiges Bild der Lage der Metallwarenindustrie zu bekommen, bleibt einfach nichts anderes übrig als die Einzeluntersuchung jedes Spezialzweiges, die Verfolgung der Geschäftsberichte der Unternehmungen und der Berichte der Handelskammern. Die historische Schule der Nationalökonomie hat uns für die Eisen-, Stahl- und auch für die Maschinenindustrie durch Einzeluntersuchungen viel Material gebracht. Auf das Gebiet der Metallwarenindustrie, die nicht das Jünglein an der Wiege des deutschen Kapitalismus ist, wagt sich viel seltener einer. Hier ist ein großes Feld für unsere Kollegen in jenen Gegenden, die sich eines großen Spezialzweiges sind, und wir haben auch bereits in den Spalten unseres Blattes manches darüber veröffentlicht.

Wir erwähnten vorhin die Industrie emaillierter Eisenblechwaren. Da sei nicht an einem Bericht der Handelskammer von Hanau vorbeigegangen, der eine für andere Industriezweige oft gemachte Feststellung auch für diese enthält. Die ausländische Konkurrenz gewinnt in diesem Industriezweig sehr rasch Terrain auf dem Weltmarkt. Sie ist beispielsweise in der Lage, das hauptsächlichste Rohmaterial, das Blech, zum Teil 15 bis 20 Prozent billiger einzukaufen als die deutschen Werke, und zwar insbesondere, weil die deutschen Kartelle für Rohprodukte und Halbfabrikate die Politik verfolgen, im Inland unter dem Schutze der Zölle hohe Preise zu fordern und den Überschuss ihrer Produktion weit billiger an das Ausland abgeben. Auch das im Gegensatz zum Deutschen Reich andere Länder auf englische Stangbleche gar keine oder nur geringe Eingangszölle gelegt haben oder solche im Wege des Veredelungsverkehrs rückergeben, rechnet man unter die den einheimischen Werken ungünstigen Faktoren, und aus den bezeichneten Missverhältnissen erklärt sich die Erscheinung, daß auf Kosten der deutschen Emailindustrie die Stellung der ausländischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer vorteilhafter geworden ist und der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands direkt gefährlich zu werden droht. Es ist immer das alte Lied. Wäre das internationale Emailgeschäft erhalten geblieben, dann hätten die Geschirrfabrikanten wohl geschwiegen — denn dann hätten die Konsumenten alles getragen. Nachdem das Kartell aber zerfallen, kommt alle Fäulnis der „gesunden“ deutschen Kartelle und der wunderbaren deutschen Zollpolitik zutage.

Noch immer laufen Berichte der Unternehmungen der Metallwarenindustrie über das Jahr 1904 ein. Die Schornsteinaufbau- und Blechwarenfabrik J. A. Fohn, Aktiengesellschaft in Floershausen bei Erfurt, verteilt wie im Vorjahre 12 Prozent Dividende. Nach dem Vorstandsbericht sind die Aussichten für das laufende Jahr wieder günstig.

Die Berliner Metallwarenfabrik G. A. Fierst & Co., Aktiengesellschaft, verzeichnet nach 64000 Mk. (im Vorjahr 95000 Mk.) Abschreibungen einen Gewinn von 58000 Mk. Eine Dividende wird nicht verteilt.

Die Firma Hugo Schneider, Aktiengesellschaft, in Leipzig-Kreutz, ist eine der internationalen Unternehmungen, da sie zusammen mit den Wiener Lampenbrenner- und Metallwarenfabriken Bräuner und Dittmar eine Aktiengesellschaft in Warschau gegründet hat. Das russische Unternehmen war trotz des Krieges im vorigen Jahre sehr profitbringend beschäftigt und ist es auch in diesem Jahre trotz der Revolution. Die Warschauer Fabrik hat jetzt doppelt soviel Arbeit als im vorigen Jahre. Auch das Leipziger Unternehmen selbst ist „bei normaler Preislage andauernd günstig“ beschäftigt und im ersten Semester ist der Umsatz um eine Million Mark gestiegen.

Ihr Kapital vermehren unter anderem die Thüringer Blech-emballagen- und Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft in Jena, und die Messingwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Plettenberg.

Die hohen Arbeitslöhne der bayerischen Metallarbeiter.

Es ist eine alte Geschichte, daß kein Unternehmer schlechte Löhne zahlt, im Gegenteil zahlt jeder der Herren „hohe und höchste Löhne“. Werden in der Presse Arbeiter gesucht, heißt es: „Dauernde Arbeit und hoher Lohn.“ Stellen die Arbeiter Forderungen nach Lohn-erhöhungen, flugs erwidern die Unternehmer, „wir zahlen schon jetzt die höchsten Löhne, höhere als die Konkurrenz; die geforderte Lohn-erhöhung kann nicht bewilligt werden.“ Kommt es zum Streit, marschieren häufig in der bürgerlichen Presse schwindelhaft zurecht-geputzte Lohnstatistiken zur Irreführung der öffentlichen Meinung auf, Lohnstatistiken, nach denen die bezahlten Löhne viel höher sind, als die von den Streikenden geforderten Löhne. So erscheint der Streit als ein höchst frivoles Unternehmen, als das bloße Produkt sozialdemokratischer Feyer und Wähler, die ohne die beständige Un-zufriedenheit der Arbeiter nicht leben können, als das unentbehrliche Agitationsmittel der Sozialdemokratie. Und verständig wieder-holen die kapitalistischen Presseleser und Schachmacher wie der Spießbürger auf der Bierbank, daß der Streit frivol sei und dagegen endlich der Staat einschreiten müsse.

Tatsache ist, daß kein Unternehmer gelten lassen will, daß er schlechte Löhne zahlt. Und verdient der schlechte Weber nur 60 Pf. pro Tag bei langer Arbeitszeit, die Gebrüder Zwanziger wissen der Welt zu erzählen, daß sie hohe Arbeitslöhne zahlen. Werden die schlechten Löhne durch die Presse dem Publikum bekannt gemacht, wird ihnen die Lohnstatistik der Fabrikanten entgegengestellt und hilft schließlich kein Mittel mehr, so heißt es, die Arbeiter seien selbst schuld daran, sie seien faule Leute und leisten zu wenig; würden sie fleißig sein, könnten sie das Doppelte verdienen u. s. w. Die Unter-nehmer schämen sich, wenn ihnen vorgehalten wird, daß sie schlechte Löhne zahlen, sie sind sich also der Schande der maßlosen Aus-beutung der Arbeiter, der Zahlung niedriger Löhne bewußt; aber das ist bloß Theorie, zu der Praxis höherer Löhne entschließen sie sich doch nicht und selbst wenn ihr Jahresgewinn hundert Prozent des Anlage- und Betriebskapitals beträgt. Das ist der Goldhunger, der alles verschlingt und der bei den Unternehmern nur durch eine mächtige Arbeiterorganisation gemäßig werden kann.

In der publizistischen Verteidigung ihres Standpunktes bei der Aussperrungsaktion rebeten die bayerischen Maschinenindustriellen ebenfalls von den hohen und höchsten Arbeitslöhnen, die sie zahlen und die mindestens so hoch seien, wie die der Metallarbeiter in Rheinland und Westfalen, welche Industriebezirke aber andererseits der bayerischen Industrie insofern überlegen wären, als sie die wichtigsten Rohstoffe, Kohle und Eisen, der Maschinenindustrie un-mittelbar darbieten und diese dadurch konkurrenzfähiger machten. Wie sehr aber trotzdem die bayerische Maschinenindustrie konkurrenz-fähig ist, beweist ihre glänzende Entwicklung und ihre hohe Bedeutung. Es müssen also noch andere Faktoren bei der Konkurrenzfähigkeit einer Industrie mitwirken und das sind vor allem Solidität und Leistungsfähigkeit, die der bayerischen Maschinenindustrie eigen sind und wovon die Tüchtigkeit und Intelligenz der Arbeiter den größten Anteil haben.

Was die Löhne in der bayerischen Maschinenindustrie betrifft, so können sie an sich schon nicht als hohe bezeichnet werden, sie sind aber auch niedriger als die Löhne der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen. Lohnstatistisches Material zur Vergleichung liegt ja leider nicht viel vor. Für unseren Zweck benutzen wir die Lohnstatistik, die die von unserem Verband im Jahre 1904 herausgegebene Schrift über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Gießereiarbeiter Deutschlands enthält. Wir greifen da zwei Hauptzentren der deutschen Maschinenindustrie heraus, die beiden Industriestädte Nürnberg und Düsseldorf. Die Löhne der Gießereiarbeiter in den Maschinenfabriken an beiden Orten betragen nach den Ende 1903 gemachten Erhebungen:

Betriebslohn	Nürnberg		Düsseldorf	
	pro Woche	pro Jahr	pro Woche	pro Jahr
Sandformer	22,42	1120	15,—	750
Lehmformer	21,85	1092	28,64	1482
Metallformer	18,—	900	33,—	1650
Kernmacher	19,11	955	24,85	1242
Schmelzer	19,04	951	24,02	1200
Gußpußer	17,08	790	22,25	1119
Sonstige	16,71	835	21,76	1087
Arbeiterlohn				
Sandformer	26,35	1317	32,27	1633
Lehmformer	34,05	1702	30,98	1548
Metallformer	30,45	1522	34,12	1701
Stahlformer	—	—	35,05	1752
Lehmformer	22,80	1140	24,80	1240
Maschinenformer	25,36	1267	27,89	1394
Kernmacher	—	—	27,14	1356
Schmelzer	28,55	1427	25,68	1284
Gußpußer	22,71	1135	28,90	1445
Sonstige	—	—	27,30	1365

Von Bayern sei dann noch Peggnis angeführt, wo folgende Lohnverhältnisse bestehen:

Betriebslohn	Peggnis	
	pro Woche	pro Jahr
Sandformer	23,40	1170
Sonstige	15,—	750
Arbeiterlohn		
Sandformer	20,05	1002
Lehmformer	25,85	1282
Maschinenformer	15,25	762
Kernmacher	15,93	796
Schmelzer	15,—	750
Gußpußer	15,—	750

Der Vergleich der Nürnberger und Düsseldorf Löhne zeigt, daß von 14 Arbeiterkategorien nur 2 in der Pegnitzstadt höhere Löhne erhalten als in der Rheinstadt. Der Nürnberger Sandformer kommt in Zeilohn auf 22,42 M. pro Woche, der Düsseldorf nur auf 16 M., die Differenz beträgt 7,42 M.; sodann kommt der Nürnberger Blechformer in Wörlitz auf 24,05 M., der Düsseldorf nur auf 20,98 M., die Differenz beträgt hier nur 3,12 M. Die Löhne der übrigen 12 Kategorien sind in Düsseldorf um 1,19 M. im Minimum, bis 15 M. im Maximum pro Woche höher als in Nürnberg, letzteres ergibt eine Jahresdifferenz von nicht weniger als 750 M.! Die überwiegend große Mehrzahl der Arbeiter kommt also in Düsseldorf auf höhere Löhne als in Nürnberg und zwar auf Löhne, die zum Teil fast noch einmal so hoch sind als in letzterer Stadt.

Noch trasser ist das Mißverhältnis der Pegnitzer zu den Düsseldorf Löhnen. Auch hier sind es nur die in Zeilohn arbeitenden Sandformer, die etwas, um 8,40 M., mehr verdienen, alle übrigen Kategorien bleiben weit zurück hinter den Düsseldorf Löhnen. Die bayerischen Maschinenindustriellen waren also sehr kühn, als sie die Lohnverhältnisse herabsetzten und die öffentliche Meinung glauben machen wollten, die Metallarbeiter in Bayern erhalten ebenso hohe Löhne wie ihre Kollegen in Rheinland. Tatsächlich sind die Lohnverhältnisse der bayerischen Metallarbeiter zum größten Teile wahrhaft ärmlich und sehr, sehr verbesserungsbedürftig; insbesondere die Löhne in Pegnitz sind ja ganz elend!

Die überaus große Differenz in den bayerischen und rheinischen Arbeitslöhnen überwiegt reichlich die Differenz im Kohlen- und Eisenbezug und sie lehrt, daß die bayerische Maschinenindustrie ihre Konkurrenzfähigkeit nicht nur auf der Züchtigkeit ihrer Arbeiter aufbaut, sondern auch auf den viel schlechteren Arbeitslöhnen, die sie ihnen zahlt. Das Kapital in Bayern steckt den gleichen Profit in die Tasche wie im Rheinland, aber seinen Arbeitern zahlt es viel schlechtere Arbeitslöhne. Und da wird dann mit Massenauspeicherung geantwortet, wenn die so schlechtbezahlten Arbeiter eine Verbesserung ihrer schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse fordern.

Es sei aber noch ein Wort zu den Düsseldorf Arbeitslöhnen gesagt. So groß die Differenz ist, die der Vergleich mit den bayerischen Löhnen ergibt, am Ende sind auch sie noch nicht angelangt. Sie sind noch sehr verbesserungsbedürftig und die reichen Profite der rheinischen Kapitalisten zeigen, daß sie noch ganz erheblich erhöht werden können und auch erhöht werden müssen.

Die tägliche Arbeitszeit betrug an allen drei Orten gleichmäßig 10 Stunden. Die bayerischen Metallarbeiter müssen also um viel geringere Löhne ebenso lang arbeiten wie ihre Düsseldorf Kollegen mit viel höheren Löhnen. Die bayerischen Metallindustriellen werden sich auch dann selbst sagen müssen, daß die Gefaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der bayerischen Maschinenindustrie nicht am Ende angelangt sei. Sie werden noch im Laufe der Zeit nicht nur die 57stündige Arbeitswoche, sondern auch den Neunstundentag bewilligen müssen, und ebenso werden Tagelöhne von 2,50 M. für einen Metallarbeiter verschwinden müssen. Dem: „Stehe still!“ der Metallindustriellen setzen wir unser: „Und sie bewegt sich doch!“ entgegen, und wir sind davon überzeugt, daß wir dabei auch in Zukunft vorwärts kommen und die Verhältnisse verbessern werden.

Die württembergischen Gewerbeinspektoren empfehlen die Tarifgemeinschaft.

Die jüngst erschienenen Jahresberichte der württembergischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1904 enthalten wieder eine Fülle beachtenswerter sozialer Tatsachen und Betrachtungen, die ihnen auch ihren eigentlichen Wert verleihen.

Das meiste soziale Verständnis von den württembergischen Fabrikinspektoren besitzt der des dritten Bezirkes, Herr Gardegg, der auch den Mut seiner Überzeugung hat und deshalb von der oberbayerischen Deutschen Arbeitgeber-Zeitung in ihrer gewohnten Weise herabgewürdigt, geschmäht und benutzert wurde, welchem Schicksal von dieser Seite niemand entgeht, der nicht der untertänigste Handlanger des Kapitals und der wildeste Scharfmacher gegen die organisierte Arbeiterschaft sein will. Herr Gardegg führt nun aus, daß die Gewerkschaft in seinem Bezirk, der den Donaukreis mit Ausnahme des Oberamtsbezirkes Kirchheim und vom Jagstkreis den Oberamtsbezirk Heidenheim umfaßt, besondere Anstrengungen zur Erlangung tariflicher Vereinbarungen machen, die sich wohl unter anderem auch damit erklären, daß sie noch möglichst viele Positionen im Einzelhandel mit den Unternehmern erringen wollen. Denn sie seien darüber klar, daß nach der Stimmung in den Unternehmerverbänden die Unternehmer nach Möglichkeit sich sträuben, die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Kontrahenten beim Abschluß des Arbeitsvertrags anzusehen. Aus diesem Grunde wird die Tarifbewegung durch den Zusammenschluß der Unternehmer für lange Zeit unter allen Umständen erschwert und dem wollen die Arbeiter zuvorkommen. Materiell ist diese Auffassung durchaus richtig, formell indes nicht, denn der Abschluß gemeinschaftlicher Arbeitsverträge mit den Unternehmern war ja seit jeher das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die die juristische Fiktion, die leere Phrase vom „Arbeitsvertrag“, der das tatsächliche Herrschafts- und Unterthanenverhältnis der Unternehmer und Arbeiter zueinander täuschend und irreführend dropiert, abschaffen und mit der Festlegung des einzelnen Arbeiters durch die in der Organisation zusammengeschlossene Gesamtheit oder Mehrheit der Arbeiter, mit der gemeinschaftlichen Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zwischen Vertretern aller beteiligten Arbeiter und den Unternehmern den Arbeitsvertrag erst und wirklich zur Wahrheit machen wollte. Der in den letzten Jahren zutage getretene verächtliche Spott der organisierten Arbeiterschaft, der natürlich nicht nur in dem Aufschrei des Herrn Gardegg, sondern in ganz Deutschland und in allen anderen Industrielandern sich geltend macht, diesen Bestrebungen immer mehr auf der ganzen Linie zum siegreichen Durchbruch zu verhelfen, ist sowohl ein die augereichten guten Erfahrungen der Arbeiter mit dem Tarifvertrage als auch ein die kluge Erkenntnis und das volle Bewußtsein der Arbeiter gerechtfertigt, daß der alte traditionelle Arbeitsvertrag ein Grausam ist, durch den die ganze Arbeiterschaft schwer geschädigt wird. Dieser alte Arbeitsvertrag, der auch, jedoch nicht ganz zureichend, der individuelle Arbeitsvertrag im Gegensatz zum Tarifvertrag oder zur Tarifgemeinschaft genannt wird, gewährt der Arbeiterschaft in der Regel keinerlei Rechte, sondern überläßt ihr nur Pflichten; er gewährt ihr für ihren Lohn, für ein Existenzminimum, nicht die geringste Garantie, wohl aber der freien Willkür des Unternehmers den willkürlichen und unbegrenzten Spielraum. Und weil, wie gesagt, diese gemeinschaftliche Natur des alten Arbeitsvertrags von immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft durchschaut wird, und weil auch die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen größere Ausbreitung und Stärke gewonnen haben, deshalb vermehren sich die Fälle, in denen die Arbeiter an die Unternehmer mit der Forderung nach Abschluß von Tarifverträgen an Stelle der sogenannten individuellen Arbeitsverträge herantreten und das gestellte Ziel auch erreichen.

Wenn Herr Gardegg sodann weiter konstatiert, daß das Wesen der Unternehmerverbände darin besteht, die Regelung prinzipieller Fragen mit den Arbeitern dem einzelnen Unternehmer zu entscheiden

und in die Hände der Verbandsleitung zu legen, so ist damit nichts gegen die Schaffung von Tarifverträgen gesagt. Die bestehenden Tarifgemeinschaften der Buchdrucker, der Buchbinder, Formstecher, Schenktographen, die nationalen Charakter haben, sind auch nicht mit den einzelnen Unternehmern, sondern zwischen den nationalen Verbänden, den Reichsverbänden der Arbeiter und der Unternehmer abgeschlossen worden. Die nationale Tarifgemeinschaft ist ja auch die beste und zweckmäßigste Form des Tarifvertrags, da sie für das ganze nationale Produktionsgebiet des betreffenden Gewerbes bis zu einem gewissen Grade einheitliche Produktionsbedingungen schafft, allen beteiligten Arbeitern ein gewisses Existenzminimum sichert und die Schnupfkonkurrenz der Arbeiter wie der Unternehmer einschränkt. An sich würde also die von Herrn Gardegg hervorgerufene Tendenz der Unternehmerverbände gar nichts gegen den Abschluß von Tarifverträgen bedeuten, allein wir wissen ja aus der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung und von den Bestrebungen des Deutschen Arbeitgeber-Verbandes, daß in der Tat die weitere Einführung und schließliche Verallgemeinerung der Tarifverträge unmöglich gemacht werden soll, um den „Herrn im Hause“ mit seiner unbeschränkten Willkür, Gewalttätigkeit und Brutalität gegen die Arbeiter in völliger Refrakur zu erhalten und die durch den alten „Arbeitsvertrag“ verschleierte Lohnsklaverei ungeschmückt zu verewigen. Das wollen die Herren und ihre Scharfmacher, aber auch dieser böse Wille wird im Laufe der Zeit von der erwarteten, klaffenbewussten und organisierten Arbeiterschaft gebrochen werden. „Durch Schaden wird man klug!“ werden die Fabrikdespoten und Gewaltmenschen, nachdem sie durch immerwiederkehrende Kämpfe genug geschädigt worden sind, sagen und schließlich das doch den Arbeitern gewähren müssen, was sie heute schon unter Vermeidung schwerer Schädigungen gewähren könnten. Der soziale und kulturelle Fortschritt scheitert auch an den Unternehmerverbänden nicht, er setzt sich schließlich durch trotz alledem.

Das zeigt auch Herr Gardegg, indem er feststellt, daß im Berichtsjahr sämtliche Lohnbewegungen, darunter auch solche von Metallarbeitern, mit dem Abschluß von Tarifverträgen erliebig wurden. Von besonderem Interesse ist die Mitteilung, daß eine Bierbrauerei die mit ihren Arbeitern getroffenen tariflichen Vereinbarungen in die Arbeitsordnung aufgenommen hat. Über die tiefere Gründe, die dazu führten, berichtet er folgendes: „Einer Reihe der bisher abgeschlossenen Tarife fehlte der breite Unterbau der beiderseitigen Organisationen und was damit zusammenhängt und überaus wichtig ist die Einsetzung der ständigen Kommission zur Verfländigung des Differenzen in der Auslegung oder in der Einhaltung des Tarifs. Dieser Mangel hatte in manchen Fällen dazu geführt, daß die ursprünglichen Vereinbarungen, namentlich wenn das Personal ganz oder teilweise sich erneuert hatte, in Vergessenheit kamen, hüten wie dräusen warf man sich gegenseitig Kontraktbruch vor und es wurde von beiden Seiten nur die günstige Gelegenheit abgewartet, sich gegenseitig die Macht wieder fühlen zu lassen. Diese Gefahr besteht namentlich bei tariflichen Vereinbarungen, deren Geltungsgebiet klein ist, mitunter nur die Arbeiter eines einzelnen Geschäftes umfaßt, zum Beispiel bei Tarifverträgen mit Bierbrauereiarbeitern, deren Organisationen sich unermittelt bilden, um dann bald wieder auseinander zu fallen. Dieser Unbeständigkeit vorzubeugen, ist die Aufnahme der Tarifbestimmungen in die Arbeitsordnung der richtige Weg, denn eine Abänderung solcher wird durch bestimmte gesetzliche Vorschriften formeller Natur, die aber von großer sachlicher Bedeutung sein können, wie z. B. die Anhörung der Arbeiter, wesentlich erschwert. Die in die Arbeitsordnung aufgenommenen tariflichen Abmachungen gelten dann nicht nur für die Personen, mit denen sie abgeschlossen sind, sondern sie sind auch für alle anderen, in das betreffende Geschäft eintretenden Arbeiter rechtlich verbindlich.“

Das ist also eine Neuerung auf dem Gebiet der Tarifverträge. Für sozial rückständige Gegenden dürfte sie eine gewisse praktische Bedeutung haben, wenn die bezüglichen Bestimmungen in der Arbeitsordnung nicht bloß auf dem Papier stehen. Auf jeden Fall bieten sie aber den Arbeitern eine Handhabe, nötigenfalls den Fabrikinspektoren zum Einschreiten zu veranlassen. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation entkräftet diese Praxis jedoch nicht, und besteht sie, dann bildet auch die Arbeitsordnung kein unüberwindliches Hindernis für den weiteren Ausbau der tariflichen Vereinbarungen.

Bei nt wird ferner auch, und zwar nicht unzutreffend, daß neben der Konkurrenz auf dem Warenmarkt auch die tariflichen Bestimmungen der Arbeiter Kräfte sind, die auf die technische Verbesserung der Betriebe hindrängen, wodurch sie also ebenfalls fortschrittlich wirken.

Die Schaffung einer Tarifgemeinschaft durch den Verband der Wäcker Deutschlands mit den Konsumvereinsbündnissen, die bereits für 170 Städte besteht, und die Verfügung der württembergischen Regierung, wonach nur an solche Buchdruckereien staatliche Aufträge erteilt werden sollen, die den Buchdruckerarbeitsvertrag unterschrieben anerkannt haben, werden ebenfalls erwähnt. Diese Verfügung hatte den Beitritt einer Anzahl Buchdruckereibesitzer zur Tarifgemeinschaft zur Folge. „Anderes sind grundsätzlich ferngeblieben. Dagegen läßt sich gewiß nichts einwenden; nur scheint es äbel angebracht, wenn die Gegnerschaft gegen den Tarif mit der Bekämpfung politischer Bestrebungen der Arbeiter begründet wird, während doch nur die kürzere Arbeitszeit, der höhere Lohn und die bessere Ausbildung der Lehrlinge, zu der die Tarifgemeinschaft veranlaßt, die Ursachen ihrer Zurückhaltung bilden.“ Davon können sich auch die Oberbayerischen der Arbeitgeber-Zeitung mit ihrer verlogenen, brunnenvergiftenden Kampfszene betreffen fühlen und um eine neue Heße gegen Herrn Gardegg eröffnen, weil er mutig und offen die Wahrheit ausspricht und damit den Nagel auf den Kopf trifft.

Herr Gardegg beschäftigt sich übrigens direkt mit den Unternehmerverbänden und macht über deren Stand in Württemberg einige Mitteilungen, nach denen zum Beispiel der Verband der württembergischen Metallindustriellen im dritten Bezirk erheblich an Mitgliedern gewonnen hat. Er knüpft daran folgende beachtenswerte allgemeine Betrachtungen: „Aus dem Zusammenschluß der Arbeitgeber dürften sich da und dort für den einzelnen mit der Zeit Schwierigkeiten ergeben, die gewisse Beachtung verdienen. Sie betreffen auf der Vertriebsseite der Lage des Arbeitsmarktes in Stadt und Land. Heute empfinden es die ländlichen Bezirke schwer, daß der tüchtige Arbeiter nach der Stadt zieht und dort oft tagelang an Arbeitsgelegenheit wartet, während er sie auf dem Lande ausbleibt. Der Arbeitgeber auf dem Lande ist aus Mangel an tüchtigen Arbeitern oft gar nicht imstande, die Konkurrenz anzunehmen. Würde sich einmal eine günstige Gelegenheit bieten, die durch Streiks, Auspöhrungen und anderes mehr geschaffen ist, so kann er sie nicht ausnutzen, weil er solche Arbeiter vertriebsgemäß nicht in Arbeit nehmen darf. Kommen bei ihm Differenzen prinzipieller Natur vor, dann ist er nach den Verbandsbestimmungen gar nicht in der Lage, sich mit seinen Arbeitern zu verständigen, selbst wenn er das wollte. So kommt der ländliche Arbeitgeber unter allen Umständen in Nachteil, und dieser kann nur dadurch ausgeglichen werden, daß die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sich verständigen, wie das im Buchdruckerwerke der Fall ist. Tarifliche Buchdrucker zum Beispiel, selbst im abgelegensten Platz, bekommen ihre tüchtigen Buchdrucker, denn der Verband, der eine umfangreiche Arbeitslosen-

unterstützung unterhält, sorgt unter allen Umständen dafür, daß beschäftigungslose Mitglieder so rasch wie möglich wieder in Arbeit kommen.“ So werden auch schließlich die Scharfmacherverbände durch die Macht der Verhältnisse dazu gebrängt werden, das zu tun, zu dessen Bekämpfung und Absehnung sie begründet sind.

Herr Gardegg führt den Scharfmachern noch zu Gemüte, wie nutzlos alle Versuche sind, die Arbeiterorganisationen zu vernichten und wie viel vernünftiger es daher wäre, sich mit den Arbeiterorganisationen zu verständigen.

Die beiden anderen württembergischen Fabrikinspektoren erwähnen ebenfalls den erfolgten Abschluß von Tarifverträgen und der des ersten Bezirkes, Herr Berner, wünscht, daß dabei die Arbeiterausschüsse mitwirken sollten, deren Schaffung er den Unternehmern angelegentlich empfiehlt. Der gute Rat wird nicht befolgt werden, was auch den Arbeitern gleichgültig sein kann. Ob Arbeiterausschüsse bestehen oder nicht, zu ihrem Rechte kann die Arbeiterschaft nur durch eine mächtige Organisation kommen, namentlich angeht die zunehmenden Unternehmerorganisationen. Dafür hat Herr Gardegg richtiges Verständnis erlangt.

Die Räubersynode in Breslau.

Räubersynode! Mit diesem freundschaftlichen Titel beehrte vor einigen Tagen die katholische Meißner Zeitung eine am Montag vor acht Tagen im katholischen Wingenhaufe zu Breslau tagende Versammlung katholischer Männer, deren Verhandlungen viel eher an den Krach in einer Knechtbühle, denn an die friedliche Tagung christlicher Brüder gemahnte. Freitagabend nun fand die Fortsetzung des Zweikampfes zwischen den ganz echten und den halbechten Katholiken — den katholischen Fachvereintern und den christlichen Gewerkschaftlern statt. Freilich, so berichtet die Volksmacht, im Wingenhaufe konnte die Schlacht nicht vor sich gehen, aus dem hatten die katholischen Arbeitervereine ihre lieben Brüder in Christo hinausge—setzt, deshalb schickten die letzteren in Sachmuths Restaurant am Weintritusplatz, dessen Saal überfüllt war. Erbitterten Häuten gleich standen sich die Feinde gegenüber, die Führer der katholischen Arbeitervereine, die Sekretäre Richter (Berlin), Bull (Breslau) und Pfarrer Zumbal (Breslau), auf der anderen Seite der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Mathias Schiffer (Düsseldorf), die Herren Medakture Reife (Meiße), Cobden (Breslau) und ein halbes Duzend christlicher Arbeitersekretäre aus der ganzen Provinz Schlesien. Die Versammlung nahm einen tumultuösen Verlauf; oft wurden die Verhandlungen auf längere Zeit von Standal unterbrochen. Demütigungen wechselten mit Beschimpfungen und wenn es auch nicht zu der vom Berliner Sekretär schon einmal angekündigten „Blutwurst“ kam, so regten sich die frommen Gemüter bei der Abmahnung doch so erheblich auf, daß dem Sekretär Bull das Wort „Dummer Junge“ an den Kopf flog, während sein Gegner durch einen Stoß von der Rednertribüne bestürzt wurde. Inzwischen lobte an Pfarrer Zumbals Tisch der Streit so heftig, daß die Biergläser klirrend unter den Tisch fielen. Nur christliche Brüder waren an dieser Versammlung beteiligt. Die Einberufer hatten alle katholischen Geistlichen gebeten, für einen würdigen Verlauf derselben im voraus zu sorgen, aber gerade deshalb verlohnt es sich, einige Episoden des Bruderkampfes an dieser Stelle wiederzugeben.

Als mangelhafter Leiter der Versammlung fungierte der evangelische Arbeitersekretär Langer von den christlichen Gewerkschaften, der das Ausbleiben des angekündigten Abgeordneten Erzberger bekannt machte; wie Herr Reife später mitteilte, fürchtete sich Erzberger, vor seinem zwispaltigen Getreuen zu reden.

Als Hauptredner fungierte an seiner Stelle Vorstehender Mathias Schiffer, der die Abtreibung des katholischen Wingenhauses und das unverschämte Auftreten der katholischen Arbeitervereine geißelte, um dann die Berechtigung interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften zu beweisen. „Wir bedanken uns dafür, Katholiken zweiter Klasse zu sein.“ rief er entrüstet aus, „wenn man duldet, daß die Bauern, Handwerker, Kapitalisten neutrale wirtschaftliche Verbände gründen, verlangen wir für uns Arbeiter das gleiche Recht. (Beifall.) Wir lassen uns nicht als Versuchskaninchen gebrauchen, das mögen die Katholiken machen, die den wahren Kern dazu haben, der Arbeiter hat wichtigere Dinge zu tun. Die Arbeiter verlangen wirtschaftliche Organisationen, in denen sie völlig unabhängig, selbständig handeln und walten können, also ohne jede Bevormundung.“ (Beifall.) Der größte Teil der Rede dieses ehemaligen Arbeiters war dann dem Nachweis gewidmet, daß so und so viel Bischöfe sich für die christlichen Gewerkschaften erklärt haben, daß das Fuldaer Pastoral und die Enzyklika rerum novarum nichts gegen sie habe und was dergleichen fromme Wichtigkeiten mehr sind. Schließlich rechnete er den Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine vor, daß sie gar keine Mitglieder aufweisen — 3668 in 145 Ortsvereinen —, und stellte ihnen die 200000 christlicher Gewerkschaftler gegenüber. Die Arbeiter gemühten sich mit der Zeit ans Rechnen und klammerten sich in den Zeiten der Not an den Leistungsfähigkeiten. (Das sind allerdings die freien Gewerkschaften. A. Red.) Dann fand Herr Schiffer wieder rabuläre Rede: „Die Zeit ist vorbei, wo der Arbeiter mit Gnaden und Almosen zufrieden war, im 20. Jahrhundert fordert er sein Recht, und zu allererst von denjenigen, die uns fortwährend die christliche und die katholische Lehre predigen.“ (Stürmischer Beifall.) Das zu betonen sei besonders notwendig, wenn man sieht, wie heutzutage mit dem Rechte, der Freiheit und der Ehre der Arbeiter umgegangen wird. Der Arbeiter sei schon dumm, der sich das länger gefallen läßt. Mit einem Jesuitenpater meint Redner, daß nicht nur der Ländliche, der den Arbeiter über's Ohr haut und ihn ertümpelt, sondern auch der, der bumm und gleichgültig genug ist, sich über's Ohr hauen zu lassen. (Beifall.) Redner geißelt dann die Anhänger der Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine, die unter der Führung von Savigny, Fleischer und Journelle stehen, als Zerplitterer der katholischen Arbeiter und hält den Befehl, daß die sozialen Fragen Rechtsfragen und nicht Machtfragen sind, für einseitig. Aus seiner Rednerzeit beim Reichstagsler Blom erzählt er, daß dieser gesagt habe, die christlichen Arbeiter müssen zusammenhalten, während des Kulturkampfes seien sie auseinandergerissen gewesen, und darunter habe ihr Interesse gelitten. Schiffer meint ferner, die christlichen Gewerkschaften haben besseres zu tun, als die Sozialdemokratie zu bekämpfen, das sollen jene besorgen, die die Hosen geschaffen haben. Für die drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen haben die freien Gewerkschaften die Antruppen geliefert, aber es könne diesen gar nicht abgestritten werden, daß sie das Interesse der Arbeiter vertreten haben. Das gleiche müssen die christlichen Gewerkschaften tun, und solange ihre Tätigkeit nicht von kompetenter katholischer Seite verboten wird (?), solange werden sie ihre Arbeit trotz der katholischen Fachabteilungen verrichten, die durch ihr Auftreten nur den Sozialdemokraten Freude und Hochgenuss bereiten. (Starker Beifall.)

Wit viel Temperament und noch mehr Selbstbewußtsein springt darauf Herr Redaktors Reife aus Meiße in die Arena, um den verehrten Zuhörern so lange die Enzyklika rerum novarum und das Fuldaer Pastoral um die Ohren zu schlagen, bis sie nicht mehr ein noch aus wüsten. Er wirft sodann seinen katholischen Gegnern Unterschlagung wichtiger geistlicher Schriftstücke vor und beschwert sich, daß er als alter Mann, der 40 Jahre in der katholischen Presse sitze, Kerker und Banden getragen habe, sich von den Berliner jungen Leuten, die vor ein paar Jahren noch ganz was anders waren! (Sehr richtig!-Rufe), das rerum novarum soll interpretieren und sich als ungetreuen Sohn der katholischen Kirche soll bezeichnen lassen. (Stürmischer Beifall, der allerdings nicht hindert, daß Herr Reife später wiederbestürzt wurde.)

Nachdem Herr Neffe geendet, fragt ihn Arbeitersekretär Richter (kath. A. M.) ironisch an, ob der vorgelesene Brief des Kardinals nicht noch einen Satz enthalten habe, welche Anfrage Herr Neffe so außer Fassung bringt, daß er den Arbeitersekretär unter anderem nach einer Berliner Bilanz fragt, über die gar nichts mitgeteilt werde, für die aber der Staatsanwalt vielleicht Interesse habe. (Der ganze Zusammenhang ist infolge des Zumuldes nicht zu verstehen.)

Als die Wogen der Erregung sich gelegt haben, klagt ein Herr Schröder bittend darüber, daß die katholischen Fachvereine einzelne Sätze des Flugblattes 15 vom katholischen Volksverein, die in der letzten Versammlung zur Verlesung kamen, mit Pfeilen und anderen unheimlichen Heben begleitet hätten. (Große Entrüstung.) Das habe „seine Ehre als katholischer Mann“ verletzt, auf seinen Protest sei ihm einfach das Wort abgelesen worden. (Pfui!) In der Werkstatt gegenüber den Sozialdemokraten könne er sich verteidigen, gegenüber den katholischen Arbeitervereinen aber nicht. (Beifall.)

Minutenlanger Lärm entsteht, als der katholische Arbeitersekretär Bull das Wort ergreift und die christlichen Gewerkschaften beschuldigt, daß sie die Katholiken gegeneinanderheben. Der Lärm steigert sich zum Indianergeheul, als er den Referenten einen „Nuch-katholiken“ nennt. Bull verliest eine längere Erklärung, die er deshalb schriftlich abgefaßt hat, damit seine katholischen Glaubensbrüder, Cobden und Neffe, dieselbe nicht wieder fälschen, wie sie das mit dem letzten Versammlungsbericht getan haben. Die Zwischenrufe und Kundgebungen steigern sich so, daß zum Beispiel die würdige Erwähnung des Grabes vom heiligen Bonifazius unter lautem Gelächter vor sich geht. Bull behauptet, der Christliche Metallarbeiter-Verband sei seinerzeit hinausgeworfen worden, weil er positives Christentum verlangt habe, was die übrigen christlichen Gewerkschaften verschmähten. Diese seien auch ganz ungeeignet, den sozialdemokratischen Antisemitismus aufzuhalten. Sie haben in 5 Jahren nur 12000 Mitglieder aufgenommen, die sozialdemokratischen Gewerkschaften dagegen 250000. (Vereinzelt, aber kräftiges Bravo!) Schließlich rechnet er den christlichen Gewerkschaften noch vor, daß sie sich etwa 100000 Mitglieder fälschlich zuschreiben. Herr Bull ist der Meinung, die heutige Versammlung würde den Breslauer christlichen Arbeitern die Augen geöffnet haben (Sehr richtig!), er bleibe auf dem Boden des positiven Katholizismus und jeder vernünftige Katholik müsse das tun. (Beifall.)

Es entspannt sich nun eine erregte Szene um das Wort „Nuch-katholik“, das Herr Bull scrupellos abgelesen, wofür ihn sein katholischer Glaubensbruder Neffe mehrfach „erbärmlicher Verleumder“ nennt. Ein andres Geschwafel des Redakteurs Cobden wird durch laute Rufe „Schluß“ und „Quatsch“ fortwährend unterbrochen, aus seiner Rede ist nur zu verstehen, daß Cobden sich gegen die Beleidigungen der Arbeitervereine in der letzten Sitzung wendet.

Zwei christliche Arbeitersekretäre wenden sich ebenfalls gegen die Vorkommnisse in der letzten Versammlung. Herr Witkowski betont dabei, daß die Kampfweise der katholischen Arbeitervereine viel unanständiger sei, als die der Sozialdemokratie. So brutal, mit so krassem Terrorismus als die Anhänger der Fachabteilungen kämpfen die Sozialdemokraten nicht. Wenn es schon sozialdemokratisch sei, für bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit einzutreten, dann können wir uns verganzen lassen. Dann müssen wir dasselbe tun, was die Sozialdemokraten für die Arbeiter getan haben und was ihnen niemand abstreiten kann. Wir wollen nicht Feinde, sondern nur Konkurrenten der Sozialdemokratie sein.

Der folgende Redner, ebenfalls ein Arbeitersekretär, meint: als Schriftführer in katholischen Arbeitervereinen, dazu ist man gut, will man aber seine eigene Meinung haben, dann wird einem das Wort verboten. Herr Richter sei wie die Fähe um den heißen Brei herumgegangen. (Rufe: Lüge, Gemeinheit!) Es habe ihn tief verletzt, als in der letzten Versammlung ein geistlicher Herr, Pfarrer Zimbal, das Verteilen eines katholischen Volksvereinsflugblattes mit den Worten: Unerhörte Frechheit! begleitet hätte. (Pfui!) In Schlesien tut den Arbeitern wahrlich etwas Klassenbewußtsein oder wenigstens Standesbewußtsein not. Dieselben werden, wenn sie ihr gutes Recht ausüben, auf die Straße gesetzt, wie in Münsterberg oder Reuthen, wo einem Kollegen die Wohnung abgetrieben wurde, weil er für die Organisation seiner Kameraden eintrat. Wir lehnen es ab, in erster Linie die Sozialdemokratie zu bekämpfen, in Bayern ist das Zentrum ja auch mit den Werten in die Landtagswahlen gegangen.

Die Witternacht zog näher schon, als Herr Pfarrer Zimbal (Breslau) das Wort erhielt, der in salbungsvoller Fuchschlaubeit zum Frieden riet, anscheinend weil er das Spiel verloren gab. Das Wort „Frechheit“ will er angewandt haben, weil er nicht wußte, daß es ein Volksvereinsflugblatt war, das verbreitet wurde. Denn in den 200 Versammlungen, die er geleitet, und in den 400, die er besucht, ist ihm so etwas nur einmal vorgekommen, und zwar waren da die bösen Sozialdemokraten, die sich den Übergreif erlaubten. Der katholische Volksverein dürfe nicht einseitig zugunsten der christlichen Gewerkschaften wirken, sondern muß als „Geist über den Geshäffern“ stehen. Es sei eine Sünde, daß der Einberufer zum fälschlichen Kampf gegen die katholischen Männer aufgefordert hat. (Beifall.)

Als letzter Diskussionsredner kommt Arbeitersekretär Richter (Berlin) zum Worte, der in kräftiger Tonart die katholischen Arbeitervereine verteidigt. Er tut dies auf Grund folgender Anschauung: „Ich bin für die Wahrheit, und diese ist bei der Autorität, die Autorität ist der Papst, und dieser hat den katholischen Arbeitervereinen religiös-wirtschaftliche Aufgaben zugewiesen.“ Als der Redner die Wahrheitsliebe der Christlichen abfällig kritisiert, ruft ihm der Vorsitzende viermal hintereinander zu: „Ich bitte den Redner, sich kurz zu fassen!“ Dieser Ruf entfacht wieder den laute sten Rabau, der kaum mit vereinten Kräften aller Führer zu erstickt ist. Herr Cobdens Arm flattert dabei in der Luft wie ein Entenflügel, entsetzt aber von den Frommen um unseren Berichterstatter nur die Antwort: „Dalt du od die Schnauze!“

Schließlich erhebt Herr Schiffer das Schlusswort, während dessen leert sich der Saal. Ganze Kolonnen von Arbeitervereinen hatten den Hint bekommen, daß sie gehen dürfen und ziehen unter lautem Getraupel ab. Am Schanfsims, der von dem Saale nicht getrennt ist, droht der Kampf zwischen einem christlichen Gewerkschaftler und einem katholischen Arbeitervereiner zu Tätlichkeiten auszuarten, doch übernimmt in diesem Falle die Wirtin die Ausgleichsverhandlungen, und zwar mit Erfolg. Wir können gerade noch hören, wie der Referent eine Episode aus dem Breslauer Schneiderlohntkampf erzählt. Freie Gewerkschaftler, Kirch-Dumderfche Gewerksvereiner und Christliche wollen einen Tarif herbeiführen, da haben sich die Schneider in der Fachabteilung den Innungsobermester als Referenten verschrieben und dann den Tarif abgelehnt! Da können wir uns ja gleich die Scharfmacher in unsere Gewerkschaft holen, ruft Herr Schiffer aus, wir haben es aber satt, uns am Gängelband führen zu lassen. (Bravo!) Wir haben uns überzeugt, daß die Herren, die das Geld in Händen haben, auf Christentum und Religion pfeifen. (Beifall.) Da kommen wir mit christlicher Liebe nicht mehr aus, da müssen wir (Rufe von den ganz Frommen: Streifen!). Jawschl, da werden wir tapfer streifen und das für eine christliche Tat halten. (Stürmischer Beifall von denselben Hören, die den Segnern Beifall gesollt hatten.)

Herr Neffe will zu einer persönlichen Bemerkung das Wort haben, wird aber zunächst niedergeschrien. Vier Männer vom Bureau, der Referent, die Herren Neffe und Cobden, Herr Zimbal und Richter suchen die Ruhe herzustellen, es gelingt aber erst, als Pfarrer Zimbal mit Stimmstimme schreit: „Ruhe! Um des äußersten willen! Ruhe!“

Man kommt zur Abstimmung über eine Resolution, die den Sinn des Bingenhauses für seine Saalentziehung tadelt und ihn „in seinem eigenen Interesse“ auffordert, in Zukunft anders zu verfahren. Während der zweiten Verlesung, die stürmisch verlangt wird, gibt Pfarrer Zimbal küsternd die Parole aus: „Ja nicht! Aufgepaßt! Ja nicht!“ Sie plant sich durch den Saal fort,

und das Abstimmungsergebnis bleibt zweifelhaft. Die starke Gegenprobe wird mit Indianergeheul begrüßt. Die Abstimmung wird wiederholt; die Mehrzahl der Anwesenden stimmt erst für, dann gegen die Resolution, beide Teile schreiben sich natürlich den Sieg zu. Als der Vorsitzende die Resolution für angenommen erklärt, erreicht der Zumulde den höchsten Grad. Um einer Auflösung vorzubeugen, wird schnell geschlossen. Herr Bull stürmt zur Rednertribüne, wird dort aufgehoben und erhält das Präbital „Dummer Junge“, worauf er befriedigt abzieht. Ein anderer betritt das Pult, wird aber durch einen Stoß heruntergeschleudert. Der Polizeikommissar tritt dazwischen und fordert auf, das Lokal zu verlassen. Eine Anzahl Christlicher streiten an einem Tische so heftig mit Herrn Pfarrer Zimbal, daß die Gläser vom Tische gerissen werden. „Wer diese Resolution für angenommen erklärt, der ist ein Blüner“, meint einer der Streitenden. „Das ist auch meine Meinung“, meint Pfarrer Zimbal in wenig schmeichelhafter Weise für den leitenden christlichen Arbeitersekretär Sanger — das war das letzte, was wir hörten.

Die Breslauer Volkswacht, der wir den Bericht entnehmen, fügt hinzu: Die soziale Frage wirkt wie Sprengpulver in den Reihen ihrer Getreuen, das beginnen die frommen Hirten zu merken. Doch die Schafe gehen nicht mehr in den Stall! Selbst in Schlesien nicht.

Den katholischen Arbeitern können wir nach alledem nur raten: schließt euch den freien Gewerkschaften an, denn daß die christlichen Gewerksvereine wie die katholischen Fachabteilungen nichts taugen, davon haben wir uns gestern von beiden Seiten vollständig überzeugen lassen. Deshalb hinein in die freien Gewerkschaften!

Das Prämienlohnsystem.

Nach unserer Zusage in Nr. 27 lassen wir nun die auf unserer siebenten Generalversammlung über dieses wichtige Thema gepflogenen Verhandlungen nach der stenographischen Aufnahme folgen. Der Referent, Kollege Quist, führte aus:

Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt nicht nur zu fortwährender technischer Umwälzung des Produktionsprozesses, sondern auch zu fortwährender Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiet. So haben wir es erleben müssen, daß die Bezahlung der Arbeitskraft des von den Produktionsmitteln getrennten Arbeiters nach der Arbeitszeit immer mehr durch die Bezahlung nach der geleisteten Arbeit, also durch den sogenannten Akkordlohn ersetzt wurde. Dieser Vorgang hat je nach der Eigenart des betreffenden Industriezweigs kürzere oder längere Zeit beansprucht. In einigen ist sie schon seit längerer Zeit so weit ausgebildet, daß eine weitere Entwicklung vorläufig unmöglich erscheint, es sei denn, daß sie durch neue technische Umwälzungen ermöglicht wird. In anderen Industriezweigen können wir diesen Vorgang noch heute beobachten. Es gibt ja auch einige wenige Industriezweige, wo eine entgegengesetzte Entwicklung stattgefunden hat. Dies sind aber Ausnahmen. Es ist Ihnen auch bekannt, daß das Akkordlohnsystem teilweise eine recht schlimme Wirkung auf die Arbeiterchaft einzelner Industriezweige ausgeübt hat. Infolgedessen empfahl der internationale Arbeiterkongress, der 1891 in Brüssel tagte, den Arbeiterorganisationen aller Länder, sich mit allen Mitteln der Verbreitung dieses Systems zu widersetzen. Demensprechend finden wir in unserem Verbandsstatut seit Gründung des Verbandes mit als Zweck des Verbandes angegeben: „Beseitigung der Akkordarbeit.“ Dies ging bis 1899. 1901 auf der Generalversammlung zu Nürnberg wurde die Bestimmung geändert in: „möglichste Beschränkung der Akkordarbeit“, 1908 wurde in Berlin die besondere Benennung der Akkordarbeit ganz fallen gelassen und statt dessen gesetzt: „Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge.“ Wir können uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß es nicht möglich gewesen ist, der Verbreitung dieses Systems wesentliche Hindernisse entgegenzusetzen. Die Ausnahmefälle, wo das Gegenteil eingetreten ist, sind fast nur solche, wo es dem Unternehmer möglich ist, die Arbeiter in Bezug auf ihre Arbeitsleistung genau zu kontrollieren und festzustellen, ob ein bestimmtes Arbeitspensum geleistet wird. Man ist infolgedessen auch immer mehr und mehr dazu gekommen, die Akkordarbeit weniger prinzipiell zu bekämpfen, als vielmehr gewisse Bedingungen festzulegen, unter denen die Akkordarbeit zugelassen werden kann. Dies ist namentlich der Fall, wenn es zu Vereinbarungen zwischen der Arbeiterorganisation und dem Unternehmer kommt. Man trifft Vereinbarungen über Arbeitszeit, Ueberstundenzuschläge, die Preisfestsetzung bei den einzelnen Arbeiten, Garantie des Zeitlohnens, Reduzierung der Arbeitszeit bei Arbeitsmangel u. s. w. Neben dem Widerstand gegen die Akkordarbeit ist noch ein weiteres in Wegfall gekommen: der Widerstand gegen die Einführung technischer Verbesserungen. Auch dieser ließ sich für die Dauer nicht aufrecht erhalten.

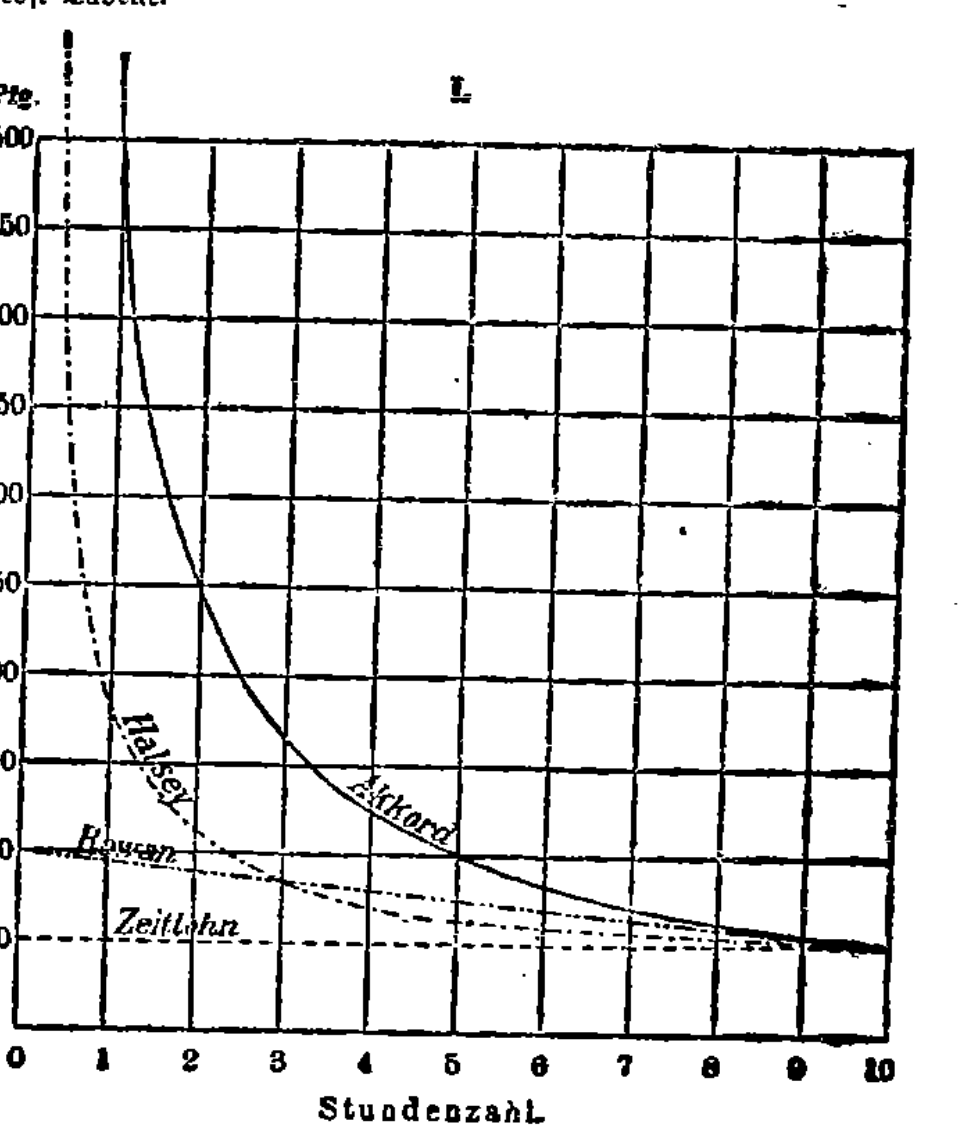
Alle diese Umwälzungen in der Produktion, sowohl die technischen als auch die wirtschaftlichen, sind zurückzuführen auf eine Ursache: das Bestreben des nach kapitalistischen Grundsätzen produzierenden Unternehmers, aus der Arbeiterschaft ein immer größeres Quantum Mehrwert herauszuholen, also des Wertes, der es dem Unternehmer ermöglicht, nicht nur seine ausgelegten Produktionskosten zu ersetzen, sondern auch noch einen mehr oder weniger großen Profit einzustreichen. Andererseits hat der Arbeiter das Bestreben, mit möglichst geringem Aufwand von Arbeitskraft einen möglichst hohen Verdienst zu erzielen. Hierbei ist für den Durchschnittsarbeiter in erster Linie der möglichst hohe Verdienst maßgebend, er ist eher geneigt, ein Ubrigs an Anstrengung zu tun, als sich mit einem bescheidenen Verdienst zu begnügen, der es ihm vielleicht ermöglicht, so eben sein Leben zu fristen. In diesem Bestreben, so berechtigt es selbstverständlich auch ist, ist aber dem Unternehmertum ein vortheilhafter Wundesgenosse erwachsen. Die anhaltende Übung steigert die Geschicklichkeit der Arbeiter, ferner sinnen sie darauf, durch Anfertigung von Spezialwerkzeugen u. s. w., sowie durch Erhöhung ihrer eigenen Anstrengung die Produktivität ihrer Arbeit zu steigern, um dadurch höheren Verdienst zu erzielen. Erreicht nun der Verdienst eine Höhe, die dem Unternehmer für den Arbeiter zu groß erscheint, so kommt der Unternehmer in die Versuchung, den Akkordpreis zu erniedrigen. Sie wissen ja alle mehr oder weniger aus Erfahrung, wie gern das Unternehmertum dieser Versuchung unterliegt. Dadurch kann der Unternehmer entweder seine Mehrwertstrategie vergrößern, oder, wenn er mit einer Konkurrenz zu kämpfen hat, seine Preise etwas niedriger setzen, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, seine Ware leichter abzusetzen, seine Produktion zu erweitern und dadurch seine Profitmasse vergrößern, ohne seine Profitrate allzu sehr verringern zu müssen. Dies letztere Bestreben führt aber auch dazu, alles aufzubieten, um möglichst niedrige Akkordpreise zu erzielen, auch wenn der Verdienst der Arbeiterschaft nicht übermäßig hoch ist. Es heißt dann einfach: „Ich muß billiger produzieren, damit ich konkurrieren kann.“ Dieses Bestreben braucht dabei durchaus nicht immer einer besonderen Schlichtheit oder Profligkeit des betreffenden Unternehmers zu entspringen; es liegt eben in dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet. Nichtsdestoweniger hat aber dieses Bestreben zu wahrhaft schrecklichen Erscheinungen geführt. Sie alle werden mehr oder weniger Beispiele davon aus Ihrer eigenen Erfahrung kennen gelernt haben, so daß ich keine solchen anzuführen brauche. Es bleibt nicht lediglich bei der fortwährenden Herabsetzung der Akkordpreise, sondern es kommen die schäblichsten Betrügereien und Pressereien vor, um den Anteil des Arbeiters an dem Ertrag seiner Arbeit zu verringern und den Anteil des Unternehmers zu vergrößern. Diese gewalttätige Taktik, die offensichtlich vom Unternehmer gegen den Arbeiter gerichtet ist, geht aber nur bis zu einer gewissen Grenze und über diese hinaus scheitert sie an dem Widerstand der Arbeiter. Dieser Widerstand ist entweder aktiv, indem die Arbeiter sich weigern, zu diesem erniedrigten Preise zu arbeiten, oder passiv, indem sie danach trachten, die Akkordpreise auf einer gewissen Höhe zu erhalten, indem sie sich hüten, ihre Anstrengungen und damit auch ihren Verdienst über ein gewisses Maß hinaus zu steigern. Es ist Ihnen ja bekannt, daß in Deutschland die Zeitlöhne der Arbeiter im allgemeinen viel niedriger sind als in England oder in Amerika. Demersprechend gilt in England als normaler Akkordüber-

verdient ein Drittel des Zeitlohnes, während man in Deutschland schon mit der Hälfte des Zeitlohnes rechnen muß, um einen auskömmlichen Verdienst zu erreichen. Es kommt infolgedessen vor, daß Arbeiter mehr oder weniger offen danach streben, diese Grenze nicht zu überschreiten. Vom Unternehmertum und seinen Sachwaltern wird behauptet, daß dies sehr häufig geschieht. Ich glaube, wir alle wissen mehr oder weniger aus Erfahrung, daß es nur in Ausnahmefällen möglich ist, dies Verahren auf die Dauer konsequent durchzuführen, weil dazu verschiedene Voraussetzungen nötig sind, die nicht immer vorhanden sind.

Nun, mag dies sein, wie es will, Tatsache ist, daß der direkte Zwang der Arbeiterschaft zu immer höherer Arbeitsleistung auch für den Unternehmer mancherlei Unbequemlichkeiten im Gefolge hat. Es lag nun für das Unternehmertum nahe, es anstatt mit der Zeitliche mit dem Zuckerbrot zu versuchen, indem man dem Arbeiter einen höheren Verdienst in Aussicht stellt, die Sache aber so einrichtet, daß dieser höhere Verdienst nur dann eintritt, wenn der Arbeiter seine Anstrengung in noch viel höherem Maße steigert. Ich nenne hier kurz die Gewinnbeteiligung, ein System, das aber aus verschiedenen Gründen nur wenig Verbreitung gefunden hat, obwohl von verschiedenen Seiten sehr lebhaft dafür Propaganda gemacht wurde. Kurz gesagt, es gefällt den Arbeitern nicht, weil sie durch dieses System längere Zeit an einen bestimmten Betrieb gebunden sind, und den Unternehmern nicht, weil sie eventuell den Arbeitern einen Einblick in ihre Geschäftsbücher gestatten müssen. Man hat sich infolgedessen nach anderen Mitteln umgesehen, die es ermöglichen sollen, dem Arbeiter ein möglichst großes Quantum Mehrwert abzupressen, und wenn es irgend angehen kann, auf eine solche Weise, daß der Arbeiter es vielleicht gar nicht einmal merkt. Die Arbeiter sollten eben zu fortwährender äußerster Anstrengung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte veranlaßt werden. Gleichzeitig sollte der Verdienst aber so geregelt sein, daß bei höherer Arbeitsleistung schon von selber eine Kürzung eintritt, ohne daß der Unternehmer diese erst vorzunehmen braucht. Man konnte dadurch den häßlichen Schein vermeiden, daß man die Arbeiter ausbeuten will, während die Ausbeutung selber ungeschwächt vor sich geht, ja, man könnte sogar den Arbeitern nominell recht hohe Löhne bewilligen, weil man weiß, daß infolge der jahtweisen Verdienstrechnung dem Unternehmer gar kein Schaden dadurch entsteht und man dadurch noch in den Ruf besonderer Humanität gelangt. Solche oder so ähnliche Erwägungen werden es wohl gewesen sein, die den Direktor der Canadian Rand Drill Company in Sherbrooke, Mr. J. M. Galt, veranlaßten, es 1890 mit einer neuen Entlohnungsmethode zu versuchen, die er „Prämienlohnsystem“ nannte. Er ging dabei von dem Grundgedanken aus, die Arbeitsleistung in seinem Betrieb zu verdoppeln, ohne dabei gleichzeitig die Ausgaben für Arbeitslöhne verdoppeln zu müssen. In einem Vortrag, den er 1901 über sein System hielt, charakterisierte er das folgendermaßen:

„Man bietet dem Arbeiter als Zuschlag zu seinem gewöhnlichen Lohne für jede Stunde, welche er für seine alte Tagesleistung weniger braucht, eine Prämie, und zwar niedriger als den Stundenlohn. Daß man die Stundenprämie geringer läßt als den Stundenlohn, ist der Geßlein, auf dem alle Vorzüge dieses Systems beruhen.“

Kollegen, wenn Sie sich die verschiedenen Lohnsysteme außer dem Zeitlohn betrachten, so werden Sie finden, daß sie, so verschieden sie auch sind, alle etwas gemeinsames haben. Der Verdienst der Arbeiter besteht aus zwei Teilen, einem bestimmten, das ist der Zeitlohn, der ja in Deutschland im Durchschnitt recht niedrig ist, und einem unbestimmten, beweglichen Teil, das ist der Ueberverdienst, der durch Akkordarbeit, Gewinnbeteiligung, oder was es sonst sein mag, erzielt wird, und der mit der Leistung des Arbeiters steigt, vorausgesetzt natürlich, daß der Unternehmer ihn nicht durch allerlei unläutere Maßnahmen darum betrügt, was ja auch oft genug vorkommt. Genau dasselbe trifft auch bei den verschiedenen Prämienlohnsystemen zu. Mr. Galt proklamierte den Grundgedanke: es ist dem Arbeiter reichlich Zeit zur Ausführung der Arbeit zu bewilligen; dagegen soll die Prämie für die erparter Zeit nicht so hoch bemessen sein, wenigstens zur Zeit der Ausführung des Systems nicht. Erweist sich durch die Erfahrung, daß die Prämie zu niedrig angesetzt ist, um dem Arbeiter den genügenden Ansporn zu bieten, fortwährend alle seine Kräfte herzugeben, so ist es immerhin bequemer, die Prämien zu erhöhen, als wenn die Arbeiter durch hohe Prämien in den Stand gesetzt werden, mehr zu verdienen, als der Unternehmer ihnen zugestehen will und der Unternehmer sich veranlaßt sieht, die Prämien zu erniedrigen, was dann leicht zu Meinungen führen kann. Als ausreichende Prämie erachtet Mr. Galt 30 Prozent des erparter Lohnes. Betrachten wir uns nun das Diagramm I nebst Tabelle.



Die Akkordkurve bleibt stets höher als die Gerade, die das Steigen des Verdienstes nach Roman veranschaulicht.

Angenommen, es seien von einer Ware 10 Stk von einem Arbeiter angefertigt, der einen Stundenlohn von 50 Pfg. verdient. Der Stückpreis sei ebenfalls gleich 50 Pfg. Gesamtpreis in Akkord denmal 500 Mk. Dann ist der Verdienst des Arbeiters pro Stunde nach den verschiedenen Lohnberechnungsmethoden, wenn es ihm gelingt, die Arbeit in kürzerer Zeit herzustellen:

Verbrauchte Stundenzahl	Akkord	Galt	Roman
10	50,0	50,0	50,0
9	55,8	51,7	55,0
8	62,5	53,8	60,0
7	71,4	56,4	65,0
6	83,3	60,0	70,0
5	100,0	65,0	75,0
4	125,0	72,5	80,0
3	166,0	85,0	85,0
2	250,0	110,0	90,0
1	500,0	185,0	95,0

Wir sehen zunächst die Kurve, die die Steigerung des Akkordverdienstes veranschaulicht, je nach der Zeit, die erparter Verdienst ist. Die entsprechenden Zahlenwerte stehen in der Tabelle. Vorausgesetzt,

daß für Akkord- und Prämienarbeit die gleiche Summe oder das entsprechende Äquivalent an Zeit gewährt worden ist, sehen wir, daß der Mindererwerb nach dem Galfeschen System immer der vertikalen Linie zwischen den beiden Kurven entspricht. In der Nähe des Ausgangspunktes laufen die vier Linien Akkordlohn, Prämie nach Galfes, Prämie nach Rowan — worauf ich noch zurückkommen werde — und Zeitlohn ziemlich dicht zusammen. Wir sehen ferner, wie sich die beiden Kurven mit zunehmender Zeitersparnis schließlich unendlich verhalten, woraus hervorgeht, daß auch beim Galfeschen System der Verdienst den erarbeiteten Zeitlohn um ein vielfaches übersteigen kann, wenn es gelingt, die Arbeit in einem geringen Bruchteil der veranschlagten Zeit herzustellen. Das System Galfes unterliegt sich nur noch insofern vom Akkord, daß bei letzterem dieser Fall früher eintritt und die Differenz zwischen diesen beiden Systemen mit der zunehmenden Ersparnis immer größer wird. Es versteht sich von selber, daß Ersparnisse über 50 Prozent in der Praxis zu den Seltenheiten gehören. Ersparnisse über 90 Prozent sind nur unter ganz abnormen Verhältnissen möglich und kommen in der Praxis so gut wie gar nicht vor. Immerhin ist aber doch die Möglichkeit gegeben, daß zum Beispiel bei 90 Prozent Ersparnis mehr als das dreifache des Zeitlohns verdient werden kann. Nehmen wir einmal an, daß dieser Fall auch in der Praxis vorkommt, so hat der Unternehmer zwar zwei Drittel der anfänglich veranschlagten Summe erspart. Wenn er aber sieht, daß der Arbeiter immer noch mehr als das dreifache seines Zeitlohns verdient hat, so müßte er eben nicht Unternehmer sein, um nicht auf den Gedanken zu kommen: von diesem Verdienst kannst du dem Arbeiter noch etwas abknöpfen. Also auch hier entsteht die Gefahr der Reduzierung. Ich will noch kurz erwähnen, daß solche eine Abänderung des Galfeschen Systems existiert, das sogenannte Weirische System. Es unterscheidet sich von Galfes insofern, als von der Ersparnis nicht 30, sondern 60 Prozent gewährt werden. Dementsprechend steigert sich dann auch der Verdienst über dieses System urteilt Mr. Galfes folgendermaßen:

„Mr. Newton (ein Fabrikant der dieses System eingeführt hat) rechtfertigt diesen hohen Satz — 60 Prozent — durch seine sehr gründliche Übersicht über die Sache. Er erblickt seinen Hauptgewinn nicht in den herabgesetzten Lohnkosten, sondern eher in der erzielten Mehrproduktion, wodurch er davon bewahrt wird, fortwährend neues Kapitalinventar in demselben Maße anzulegen, wie er es sonst tun müßte. Es muß jedoch ferner gesagt werden, daß die Newtonschen Werte sich schon auf einer höchst leistungsfähigen Stufe befanden als das System eingeführt wurde; ein vollständig ausgearbeitetes Stückarbeitssystem ist dort schon seit Jahren in Gebrauch gewesen. Ich glaube nicht, daß in der Durchschnittsverwertung, die vom Schindrian des Zeitlohns (go-as-you-please day's work) zu dem Prämienlohnsystem übergeht, ein so hoher Anteil bestehen bleiben kann.“

Wir finden dieses System zum Beispiel bei Voigt & Hessner in Frankfurt a. M. Beide Systeme finden wir in dem Wiener Siemens-Schuckert-Werk in Anwendung. Dort werden bei allen Arbeiten, die schwerer abzuschätzen sind, 30 Prozent der Ersparnis bewilligt. Auch arbeiten die Werkzeugmacher und die Modellisten nach diesem System. Bei solchen Arbeiten aber, die sich besser abschätzen lassen und wo nebenbei bemerkt die Zeit dann wohl auch schon ziemlich herabgedrückt ist, wird der Ansporn zu größter Anstrengung auf 60 Prozent erhöht.

Die Sache mag nun sein, wie sie will, in Unternehmertreuen ist die Meinung vertreten, daß dieses System sich nur in solchen Betrieben bewähren kann, wo schon vor der Einführung die Arbeitsleistung ziemlich hoch gesteigert war. Nur in solchen Betrieben konnte das System längere Zeit in Gebrauch bleiben, ohne daß nachträgliche Kürzungen vorgenommen werden müßten.

Solche Kürzungen sollen indessen gänzlich überflüssig werden durch das System von Mr. James Rowan, in Firma David Rowan & Co. Bei diesem System ist es dem Arbeiter auch bei allergrößter Anstrengung nicht möglich, auch nur eine Verdoppelung seines Lohnes zu erzielen. Die Prämie wird berechnet, indem die ersparte Zeit mit der verbrauchten Zeit multipliziert und das Produkt durch die bewilligte Zeit geteilt wird. Demzufolge steigt die Prämie im Verhältnis der ersparten Zeit zu der veranschlagten Zeit. Spart der Arbeiter 20 Prozent, so wird ihm die verarbeitete Lohnsumme um 20 Prozent erhöht, erspart er 50 Prozent, wird sie um 50 Prozent erhöht, erspart er 90 Prozent, so wird der verarbeitete Zeitlohn um 90 Prozent erhöht. Wenn der Arbeiter seinen Zeitlohn um 50 Prozent zu erhöhen wünscht, also den anderthalbfachen Lohn verdienen will, so muß er schon umstände sein, die Arbeit in der Hälfte der veranschlagten Zeit auszuführen. In dem Diagramm I finden Sie dies System durch eine gerade, schräg ansteigende Linie veranschaulicht. Es ist nach diesem System überhaupt unmöglich, auch nur das zweifache des Lohnes zu verdienen. Es mag bei der Kalkulation noch so schätzig vorgegangen worden sein, das System sorgt dafür, daß der Verdienst nicht über das Doppelte des Zeitlohns steigt, es kam dem Unternehmer deshalb niemals ernstlich Schaden zu.

Wenn Sie sich das Diagramm I samt der Tabelle betrachten, so werden Sie sehen, daß unter sonst gleichen Bedingungen bei geringerer Ersparnis das Rowansche System für den Arbeiter das vorteilhafteste ist. Bei einer Ersparnis von 70 Prozent scheidet die Gleichnamigkeit der Galfeskurve. Wäre noch die Weirische mit eingeschlossen worden, so würde sie bei 50 Prozent Ersparnis von der Rowankurve geschnitten werden. Von diesen beiden genannten Punkten ab bleibt der Verdienst nach Rowan niedriger als der nach Galfes und nach Weir.

In dem Diagramm II. nebst der dazu gehörigen Tabelle finden wir die gesamten Lohnkosten veranschaulicht. Während bei den einfachen Zeitlöhnen in Diagramm I die entsprechende Linie sich stets in gleicher Höhe hielt, sehen wir sie in Diagramm II immer mehr herabsinken, bis sie schließlich auf den Nullpunkt kommt. Der Unterschied zwischen dem Zeitlohn und den Zinsen, die die anderen Lohnsysteme veranschaulichen entspricht in beiden Diagrammen der Prämie. Wir sehen, wie in Diagramm II die Akkordlohnlinie sich stets in gleicher Höhe hält. Die Galfeslinie fällt sich gleichmäßig, bis sie im Nullpunkt genau 30 Prozent des veranschlagten Preises zeigt. Das Rowansche System wird hier durch eine Kurve veranschaulicht, die sich bis zu 30 Prozent über der Galfeslinie hält, sie hier scheidet sich wieder rasch ab. Betrachten wir ferner den Unterschied zwischen der Zeitlohnlinie und der Rowankurve, so sehen wir, daß bis zu 50 Prozent die Differenz zwischen den beiden Linien, die die Prämie veranschaulicht, immer größer wird, wo da ab wird die Differenz wieder kleiner, die Prämie wird dementsprechend auch wieder geringer, wie sich jeder leicht nachrechnen kann.

Nur ganz beiläufig will ich noch bemerken, daß auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven seit einiger Zeit nach einem modifizierten Rowanschen System gearbeitet wird. Man hat versucht, das System den Lohnverhältnissen, die in dem Marinewerk vorhanden sind, anzupassen. Ursache dieser Bestrebungen ist natürlich auch hier, die Arbeitsleistung zu steigern, ohne den Verdienst in gleichem Maße steigen zu lassen. Es würde hier zu weit führen, wenn ich noch auf Einzelheiten eingehen wollte und ebenso hätte ich es nicht für notwendig, hier noch weiter auf das sogenannte „Weirische System“ einzugehen, worüber ich bereits 1902 in unserem Verbandsorgan eingehend berichtet habe.

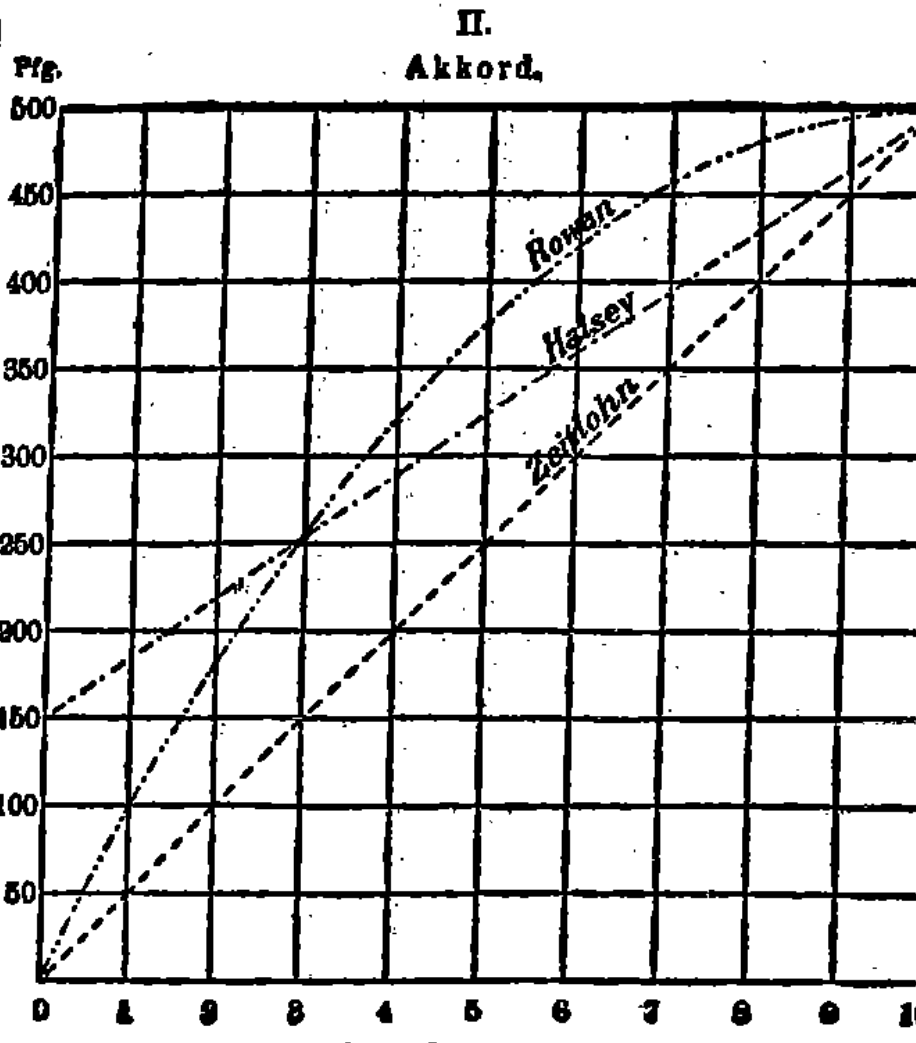
Kollegen, ich glaube, daß ich hiermit den theoretischen Teil meiner Ausführungen schließen kann, obwohl sich noch sehr viel darüber sagen ließe und obgleich es äußerst interessant ist, auch für uns Arbeiter äußerst notwendig wäre dieses Problem nach allen Richtungen hin bis in alle Einzelheiten zu untersuchen. Ich werde mich zunächst zu Praxis. Da wird man behauptet, der Grund dieser Lohnberechnungsmethode, Mr. Galfes, sei tatsächlich ein humaner Plan. Ich habe berichtet Professor von Zwickau-Sädenhorst in seinem Buche „Rechte zur Seite von den Lohnformen“. Eine gegenläufige Äußerung ist mir noch nicht zu Gesicht gekommen. Interessant ist auch die folgende Äußerung des Mr. Galfes, die ich bereits in dem Artikel „Akkord über das Prämienlohnsystem“ wiedergegeben habe, den ich 1906 in unserem Verbandsorgan veröffentlichte, und die ich hier wiedergeben möchte. Sie lautet:

„Ich bin vollständig überzeugt, daß das System die Fähigkeiten der Betriebsleitung auf eine schärfere Probe stellt als die der Arbeiter, und diese Tatsache wird über die Grenzen seiner Anwendbarkeit entscheidend sein. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach für viele künftige Jahre den Werken, die in einer weitherigen Weise geleitet werden, eine überwiegend günstige Stellung ermöglichen. Der engherzige Betriebsleiter, der, der billige Arbeit als gleichbedeutend mit niedrig entlohnter Arbeit betrachtet, der nicht begreifen kann, daß viel produzieren — billig produzieren heißt, und der es für besser hält, anzutreiben, statt seinen Betrieb besser zu leiten, der wird die Sache nur vermissen und wird besser tun, sie bleiben zu lassen.“

Ähnlich wird von der Firma David Rowan & Co. berichtet. Kollegen, es ist klar, daß diese Unternehmer sich den Arbeitern gegenüber nicht so kulant zeigen würden, wenn sie nicht gar zu gut wüßten, daß diese Kulanz für sie sehr gewinnbringend ist. Sie alle werden ja auch schon von dem einen oder anderen Betrieb gehört haben, wo der Unternehmer den Arbeitern auskömmliche Löhne zahlte oder die Akkordpreise so gut bemessen hat, daß es dem Arbeiter möglich ist, bei gemächlicher Arbeit einen Verdienst zu erzielen, der sich weit über den Durchschnittsverdienst erhebt. Es gibt sogar Betriebe, in denen über die Akkordpreise überhaupt keine festen Bestimmungen getroffen werden, wo aber, nachdem die Arbeit fertig ist, jedesmal Akkordpreise angefordert werden, die dem Arbeiter einen Verdienst ermöglichen, der jedem anderen Arbeiter diesen Zustand geradezu als ideal erscheinen läßt. Es ist somit auch der Fall denkbar, daß das Prämienlohnsystem so gehandhabt werden kann, daß es dem Arbeiter bei gemächlicher Arbeit einen guten Verdienst ermöglicht. Etwas anderes ist es aber, ob dann noch der Durchschnittsunternehmer überhaupt ein Interesse daran hat, nach diesem System arbeiten zu lassen. Kollegen, da liegt der Hase im Pfeffer! Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus?

Indem ich versuchen werde, diese Frage nach den mir bekannt gewordenen Fällen zu beantworten, komme ich zu dem letzten Teil meiner Aufgabe, zur Beleuchtung der Wirkungen des Prämienlohnsystems. Seit vier Jahren lese ich aufmerksam das Organ unserer größten britischen Arbeiterorganisation, der A. S. E. Es ist dort üblich, daß die sechs Bezirksleiter, die dieser Verband hat, monatlich über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. Von den sechs Berichten, die in jedem Heft erscheinen, sind mindestens in einem Bemerkungen darüber enthalten, daß an dem einen oder dem anderen Orte Unterhandlungen mit Unternehmern wegen des Prämienlohnsystems nötig waren. Wir dürfen annehmen, daß diese Verhandlungen keineswegs immer gemächlich verliefen. Am 19. und 20. August 1902 kam es in Carlisle zwischen der Engineering Employers Federation und der A. S. E. zu einer Vereinbarung über das Prämienlohnsystem bei einer Anzahl von Firmen. Diese Vereinbarung, das sogenannte Carlisle-Agreement, besteht aus folgenden Bestimmungen:

1. Der Zeitlohn soll in allen Fällen und für jeden einzelnen Arbeitsschritt bezahlt werden.
 2. Überstunden und Nachtarbeit sind nach denselben Bedingungen zu zahlen, wie sie schon in jedem Betrieb üblich waren.
 3. Nachdem eine Zeitbestimmung einmal festgesetzt ist, soll sie nur geändert werden, wenn die Arbeitsmethode oder die Arbeitsmittel geändert werden.
 4. Keine Firma soll das Prämienlohnsystem einführen, wenn sie nicht die Absicht hat, dabei zu bleiben.
- Die Verhandlungen über diese Bestimmungen haben zwei Tage in Anspruch genommen. Wir dürfen annehmen, daß es dabei nicht ohne Meinungsverschiedenheiten abgegangen ist. Nichtsdestoweniger hat es in den englischen Unternehmertreuen Bewunderung erregt, daß der Vorstand des Maschinenbauer-Verbandes so schnell darauf eingegangen ist. Unter der Mitgliedschaft hat es indessen große Unzufriedenheit erregt, um so mehr, als die Unternehmer lange nicht in allen Fällen die Bestimmungen dieses Abkommens innegehalten haben. Besonders ist dies mit der letzten Bestimmung der Fall. Auch in England ist es vorgekommen, daß Unternehmer dieses System nur gebraucht haben, um festzustellen, wie weit es möglich ist, die Arbeitszeit für bestimmte Arbeiten zu reduzieren, wenn die Arbeiter sich dazu anstellen lassen, eine Zeit lang darauf loszuwürgen ohne die geringste Rücksicht auf sich selber zu nehmen. Dann sind die Unternehmer wieder zu der früher bei ihnen üblich gewesenen Entlohnungsweise zurückgekehrt und haben bei der Berechnung der Akkordpreise die Zeit zugrunde gelegt, die bei der Arbeit nach dem Prämienlohnsystem von den Arbeitern wirklich gebraucht wurde. Mehrteils zum Zeitlohn zurück, so würde von den Arbeitern ein Arbeitspensum verlangt, das ebenso groß wäre, wie die Arbeitsleistung unter dem Prämienlohnsystem. Solche Bestrebungen sollte dagegen unter dem Prämienlohnsystem nicht geschehen. Nichtsdestoweniger kommt es aber doch auch in England vor, daß Unternehmer sich über den ungenügenden Vorteil hinwegsetzen. Es wurde von manchen Unternehmern lediglich zu dem Zwecke eine Zeitlang angewendet, um zu ermitteln, wie hoch sich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigern ließe, wenn diese in den Stand gesetzt werden, allen selbständigen Faktoren unbeschränkt freien Lauf zu lassen.
- Gerade hierin besteht die große Gefahr, die das System für die Arbeiterklasse mit sich bringt und die von dem Unternehmer-



Gesamtlohnkosten der Arbeit nach den verschiedenen Berechnungsmethoden:

Verbrauchte Stundenzahl	Akkord	Galfes	Rowan
10	500	500	500
9	455	495	455
8	420	480	420
7	385	465	385
6	350	450	350
5	325	435	325
4	290	420	290
3	255	405	255
2	220	390	220
1	185	375	185

„Ich bin vollständig überzeugt, daß das System die Fähigkeiten der Betriebsleitung auf eine schärfere Probe stellt als die der Arbeiter, und diese Tatsache wird über die Grenzen seiner Anwendbarkeit entscheidend sein. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach für viele künftige Jahre den Werken, die in einer weitherigen Weise geleitet werden, eine überwiegend günstige Stellung ermöglichen. Der engherzige Betriebsleiter, der, der billige Arbeit als gleichbedeutend mit niedrig entlohnter Arbeit betrachtet, der nicht begreifen kann, daß viel produzieren — billig produzieren heißt, und der es für besser hält, anzutreiben, statt seinen Betrieb besser zu leiten, der wird die Sache nur vermissen und wird besser tun, sie bleiben zu lassen.“

Ähnlich wird von der Firma David Rowan & Co. berichtet. Kollegen, es ist klar, daß diese Unternehmer sich den Arbeitern gegenüber nicht so kulant zeigen würden, wenn sie nicht gar zu gut wüßten, daß diese Kulanz für sie sehr gewinnbringend ist. Sie alle werden ja auch schon von dem einen oder anderen Betrieb gehört haben, wo der Unternehmer den Arbeitern auskömmliche Löhne zahlte oder die Akkordpreise so gut bemessen hat, daß es dem Arbeiter möglich ist, bei gemächlicher Arbeit einen Verdienst zu erzielen, der sich weit über den Durchschnittsverdienst erhebt. Es gibt sogar Betriebe, in denen über die Akkordpreise überhaupt keine festen Bestimmungen getroffen werden, wo aber, nachdem die Arbeit fertig ist, jedesmal Akkordpreise angefordert werden, die dem Arbeiter einen Verdienst ermöglichen, der jedem anderen Arbeiter diesen Zustand geradezu als ideal erscheinen läßt. Es ist somit auch der Fall denkbar, daß das Prämienlohnsystem so gehandhabt werden kann, daß es dem Arbeiter bei gemächlicher Arbeit einen guten Verdienst ermöglicht. Etwas anderes ist es aber, ob dann noch der Durchschnittsunternehmer überhaupt ein Interesse daran hat, nach diesem System arbeiten zu lassen. Kollegen, da liegt der Hase im Pfeffer! Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus?

Indem ich versuchen werde, diese Frage nach den mir bekannt gewordenen Fällen zu beantworten, komme ich zu dem letzten Teil meiner Aufgabe, zur Beleuchtung der Wirkungen des Prämienlohnsystems. Seit vier Jahren lese ich aufmerksam das Organ unserer größten britischen Arbeiterorganisation, der A. S. E. Es ist dort üblich, daß die sechs Bezirksleiter, die dieser Verband hat, monatlich über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. Von den sechs Berichten, die in jedem Heft erscheinen, sind mindestens in einem Bemerkungen darüber enthalten, daß an dem einen oder dem anderen Orte Unterhandlungen mit Unternehmern wegen des Prämienlohnsystems nötig waren. Wir dürfen annehmen, daß diese Verhandlungen keineswegs immer gemächlich verliefen. Am 19. und 20. August 1902 kam es in Carlisle zwischen der Engineering Employers Federation und der A. S. E. zu einer Vereinbarung über das Prämienlohnsystem bei einer Anzahl von Firmen. Diese Vereinbarung, das sogenannte Carlisle-Agreement, besteht aus folgenden Bestimmungen:

1. Der Zeitlohn soll in allen Fällen und für jeden einzelnen Arbeitsschritt bezahlt werden.
 2. Überstunden und Nachtarbeit sind nach denselben Bedingungen zu zahlen, wie sie schon in jedem Betrieb üblich waren.
 3. Nachdem eine Zeitbestimmung einmal festgesetzt ist, soll sie nur geändert werden, wenn die Arbeitsmethode oder die Arbeitsmittel geändert werden.
 4. Keine Firma soll das Prämienlohnsystem einführen, wenn sie nicht die Absicht hat, dabei zu bleiben.
- Die Verhandlungen über diese Bestimmungen haben zwei Tage in Anspruch genommen. Wir dürfen annehmen, daß es dabei nicht ohne Meinungsverschiedenheiten abgegangen ist. Nichtsdestoweniger hat es in den englischen Unternehmertreuen Bewunderung erregt, daß der Vorstand des Maschinenbauer-Verbandes so schnell darauf eingegangen ist. Unter der Mitgliedschaft hat es indessen große Unzufriedenheit erregt, um so mehr, als die Unternehmer lange nicht in allen Fällen die Bestimmungen dieses Abkommens innegehalten haben. Besonders ist dies mit der letzten Bestimmung der Fall. Auch in England ist es vorgekommen, daß Unternehmer dieses System nur gebraucht haben, um festzustellen, wie weit es möglich ist, die Arbeitszeit für bestimmte Arbeiten zu reduzieren, wenn die Arbeiter sich dazu anstellen lassen, eine Zeit lang darauf loszuwürgen ohne die geringste Rücksicht auf sich selber zu nehmen. Dann sind die Unternehmer wieder zu der früher bei ihnen üblich gewesenen Entlohnungsweise zurückgekehrt und haben bei der Berechnung der Akkordpreise die Zeit zugrunde gelegt, die bei der Arbeit nach dem Prämienlohnsystem von den Arbeitern wirklich gebraucht wurde. Mehrteils zum Zeitlohn zurück, so würde von den Arbeitern ein Arbeitspensum verlangt, das ebenso groß wäre, wie die Arbeitsleistung unter dem Prämienlohnsystem. Solche Bestrebungen sollte dagegen unter dem Prämienlohnsystem nicht geschehen. Nichtsdestoweniger kommt es aber doch auch in England vor, daß Unternehmer sich über den ungenügenden Vorteil hinwegsetzen. Es wurde von manchen Unternehmern lediglich zu dem Zwecke eine Zeitlang angewendet, um zu ermitteln, wie hoch sich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigern ließe, wenn diese in den Stand gesetzt werden, allen selbständigen Faktoren unbeschränkt freien Lauf zu lassen.
- Gerade hierin besteht die große Gefahr, die das System für die Arbeiterklasse mit sich bringt und die von dem Unternehmer-

tum mehr oder weniger mit Absicht heraufbeschworen wird. Schon bei der Akkordarbeit kann man beobachten, daß es trotz der jahrelangen Erziehungsarbeit, die die Gewerkschaften leisten, immer noch Arbeiter gibt, die sich von dem Trugbild eines momentan keinen Vorteils sofort blenden lassen, daß sie jede Rücksicht, sogar die Rücksicht auf ihre eigene Gesundheit außer acht lassen, alle Interessen der Arbeiterklasse freventlich aufs Spiel setzen, indem sie darauf loswürgen, unbekümmert um das Schreckgepenk der Akkordpreis-Reduzierung. Allerdings scheint hier die Gefahr in so greifbare Nähe gerückt, daß es keiner besonderen Einsicht bedarf, um sie zu erkennen. Bedeutend gefährlicher liegt die Sache aber beim Prämienlohnsystem. Hier ist die Gefahr verheerend. Hier darf der Arbeiter darauf loswürgen, ohne daß ihm jemand dabei hinderlich sein kann. Gerade dies ist ja die Hauptbedeutung dabei.

Wir ist speziell bekannt, daß die Personen, die für die Einführung des Prämienlohnsystems in Marinetrieben gewirkt haben, teilweise — nicht alle — von solchen Erwägungen ausgegangen sind. Daneben war freilich auch noch die Erwägung maßgebend, die Kalkulation zu erleichtern, soweit es sich um solche Arbeiten handelt, die sich schwer genau abschätzen lassen, sei es, weil man bei der Vergütung der Arbeiten noch nicht genau weiß, was alles daran zu machen ist, wie dies zum Beispiel bei Reparaturen vorkommen kann, sei es aus anderen Gründen. Es wird dabei von der durch die Erziehung beständigen Erwägung ausgegangen, daß die Arbeiter lieber sich bis zum äußersten anstrengen, um einen höheren Verdienst zu erzielen, anstatt sich mit einem geringeren Verdienst zu begnügen und dafür etwas gemüthlicher zu arbeiten. Zu dem ersteren sind die Arbeiter ja auch vielfach gezwungen, besonders in Deutschland, wo die Zeitlöhne im großen und ganzen viel niedriger sind als in England oder in Amerika. Die Folge davon ist denn auch allgemein gewesen, daß nach Einführung des Prämienlohnsystems ein derartiges Schuffen begann, wie man es bisher noch nie erlebt hatte. Besonders war dies bei der Firma Ludwig Löwe in Berlin der Fall. Dazu kam noch das Verlangen der Firma, daß unter allen Umständen Prämien gemacht werden müßten. Der Arbeiter, der dies nicht tat, lief Gefahr, als minderwertiger Arbeiter betrachtet oder gar entlassen zu werden. Nun blieb aber die Firma nicht bei den einmal festgesetzten Sätzen, sondern setzte sie bei Wiederholung der Arbeit frisch und fröhlich herab. So ist es vorgekommen, daß eine Arbeit, die bisher 215 Stunden in Anspruch genommen hatte, nach etwa Jahresfrist glücklicherweise auf 105 Stunden heruntergebracht war. Als so die Arbeitszeit auf das denkbar niedrigste Maß gedrückt worden war, wurde wieder Akkord eingeführt und dabei wurden dann die so stark reduzierten Preise zugrunde gelegt. Dadurch sind die Preise für namhafte bei Löwe hergestellte Fabrikate um 50 bis 60 Prozent herabgedrückt worden.

Kollegen, diese Erfahrungen stehen nicht vereinzelt da. Es wird zwar allgemein der Zeitlohn garantiert, nichtsdestoweniger wird aber ein mehr oder weniger direkter Zwang auf die Arbeiter ausgeübt, daß eine Prämie erzielt werden muß. So müssen bei der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven die Arbeiter stets die Arbeiten mit einer Ersparnis von mindestens 40 Prozent abgeben. Die Sache findet darin ihre Erklärung, daß erst von diesem Punkte ab für die Werft eine Ersparnis gegenüber den früheren Akkordpreisen eintritt. Es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die dies nicht machten, mit Lohnkürzungen bestraft wurden. Dies zeigt deutlich, worauf es bei der ganzen Sache hinausläuft. Wenn darum eingangs meiner Resolutions das Prämienlohnsystem als eines der raffiniertesten Ausbeutungsmittel bezeichnet wird, so ist meiner Überzeugung nach damit keineswegs zuviel gesagt.

Welche Folgen das nach sich ziehen muß, ist in den folgenden Sätzen gesagt. Eine eingehende Begründung kann ich mir wohl ersparen. Sie alle werden sich schon aus Ihrer eigenen Erfahrung ein Bild machen können, welche Wirkung ein derartiges Anreizungsmittel ausüben muß. Auf gesundheitlichem Gebiet tritt dies ohne weiteres klar zutage. Auf moralischem Gebiet dürfen wir erwarten, daß die schlimmsten Wirkungen, die schon die Einführung der Akkordarbeit in den meisten Fällen nach sich zieht, sich noch mehr verstärken werden. Auch dies ist durch die Erfahrung bestätigt. Wo das Prämienlohnsystem eingeführt wurde und wo dann von dem Unternehmer alles aufgegeben wurde, um die Arbeiter zur Erlangung möglichst hoher Prämien zu reizen, da finden wir, daß dort ein wahres Wühlen und Würgen begann, daß die Arbeiter sich durch keine Rücksicht abhalten ließen, so viel wie möglich herauszuschinden. Alle Bande der Kollegialität schienen gelöst, der nackte, kraffte Egoismus kam zum Vorschein. Ich weise auf den Artikel über die Erfahrungen in der englischen Metallindustrie mit dem amerikanischen Prämienlohnsystem hin, der vor einigen Tagen in der Sächsischen Arbeiterzeitung erschienen ist. Dem Artikel ist ein Zirkular zugrunde gelegt, das von der Föderation der Maschinen- und Schiffbauer herausgegeben ist, und worin es heißt:

„Eine Gefahr birgt das System, indem es seine Berechnung aufbaut auf der Grundlage des Akkordsystems, das heißt die Norm wird gegeben durch den stärksten und leistungsfähigsten Arbeiter mit der unvermeidlichen Folge, daß der Schwächere unterdrückt wird. Das Argument, der Geschickteste müsse gegen seinen weniger begabten Mitarbeiter im Vorteil sein, entbehrt der Originalität. Man erkennt überall an, daß verschiedene Grade der Befähigung existieren und daß der in dieser Beziehung besser ausgestattete Arbeiter das Recht hat, Vorteil aus seiner hervorragenden Geschicklichkeit, seinem größeren Fleiß zu ziehen, aber wir sind ganz und gar dagegen, daß die Überlegenheit des einen zum Mittel der Unterdrückung eines anderen, milder Begabten, wird. Unter diesem System gibt es keine Anerkennung verschiedener Grade der Leistungsfähigkeit, und jeder Arbeiter, der das Pensum nicht erreicht, das übrigens von Beamten, mit denen er nie in persönliche Berührung kommt, festgelegt wurde, wird halb aufs Pflaster geworfen.“ — Weiter wird gesagt: „Das Komitee ist der Meinung, daß das Prämienlohnsystem absolut nichts empfehlenswertes an sich hat. Es ist eine Justizung des verderblichen und entwürdigendsten Arbeitssystems in der Geschichte der modernen Industrie — des Akkordsystems. Es ist ungleich in seinen Wirkungen, streng und ungerecht in seiner Anwendung; es erweckt Neid und Unbehagen in den Werkstätten und gibt Anlaß zu endlosen Zankereien und Mißverständnissen, da die Berechnung bei den verschiedenen Systemen sehr kompliziert ist. Es sind mehr Entlassungen zu verzeichnen unter dem Prämienlohnsystem als jemals bei einem Streik. Eine sehr verhängnisvolle Wirkung ist ferner, daß die Arbeiter, deren abnehmende körperliche Kraft sie für schwere Arbeit ungeeignet macht, nur in der allergünstigsten Geschäftigkeit beschäftigt werden. Weit entfernt, das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern besser zu gestalten, bewirkt es gerade das Gegenteil, und wir finden, daß Arbeiter, die unter diesem verderblichen System arbeiten, stets dagegen protestieren, weil es die schlimmsten Umstände des Schwitzsystems in sich birgt. Die mit der Einführung des Systems bedroht sind, sind bereit, das äußerste zu tun zur Verhütung desselben, und wollen lieber jedes Opfer bringen, als sich Arbeitsbedingungen unterwerfen, die so unheilvoll wurden für die, denen sie bisher aufgewungen wurden.“

„Das Subkomitee, der Exekutivrat und die Jahresversammlung,“ fährt das Zirkular fort, „haben diese Frage ernsthaft behandelt und haben einstimmig jedes andere Lohnsystem als Stundenlohn verworfen. Akkordlohn wird nur in solchen Fällen gutgeheißen, wo durch gegenseitige Vereinbarung der Arbeiter oder ihrer Vertreter und der Unternehmer Akkordarbeit anerkannt wird. Sie empfehlen den Vereinigungen, welche in der Föderation vertreten sind, mit allen Kräften zu verhalten, daß ihre Mitglieder unter irgend einem Prämienlohnsystem arbeiten, da sie überzeugt sind, daß die allgemeine Einführung unheilbringend ist, nicht nur für die Interessen der Beteiligten, sondern auch für den Ruf der soliden, ehrlichen Arbeit der stets das charakteristische der britischen Fabrikation in der ganzen zivilisierten Welt gewesen ist.“

Das unter solchen Verhältnissen die Erziehungsarbeit, die die Organisation an ihren Mitgliedern verrichtet, stark beeinträchtigt wird, legt ebenfalls ohne weiteres auf der Hand. Schon das Interesse an der Organisation muß schwer darunter leiden. Ist aber dies der Fall, so wird es der Organisation ebenfalls erschwert, ihren Zweck zu erfüllen. Wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß all Begleiterscheinung das Prämienlohnsystem noch eine starke Verwoll-

kommlung der Technik nach sich ziehen wird. Die Arbeiter werden ja nicht nur dadurch ihre Kräfte auf äußerste anstrengen, sondern sie werden ja auch darauf sinnen, sich die Arbeit immer mehr zu erleichtern; nicht um sich's bequemer zu machen, sondern um immer mehr schaffen zu können. Wenn es sich einzig und allein um die Verbesserung der Technik handelte, hätten wir ja gar keine Ursache, etwas gegen das Prämienlohnsystem einzuwenden. Im Gegenteil, wir könnten es dann nur begrüßen, denn je rascher sich die Technik entwickelt, desto eher wird die kapitalistische Produktionsweise den Punkt erreicht haben, wo sie sich selbst unmöglich macht und wo sie von einer höheren Produktionsform abgelöst werden muß. Hierzu wird auch das Prämienlohnsystem ohne Zweifel beitragen. Es ist aber keineswegs damit gesagt, daß das Prämienlohnsystem hierzu absolut notwendig ist. Die Vervollkommenung der Technik kann und wird ebenfals ohne das Prämienlohnsystem eintreten. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Laktit vieler Arbeiter, bei Akkorarbeit nicht die höchste Leistungsfähigkeit zu entfalten, stellenweise den Effekt haben kann, den technischen Fortschritt ein wenig zu hindern. Aber allgemein trifft dies nicht zu. Sehen wir uns doch um! Schreitet die Technik nicht trotzdem unaufhaltsam fort? Fortschritte in der Technik sind Vorbedingung zur Erreichung des Endziels, sie dürfen aber nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen; das muß aber eintreten, wenn dem nicht vorgebeugt wird. Also lediglich aus diesem Grunde haben wir keine Veranlassung, dieses System zu empfehlen oder etwas zur Weiterverbreitung zu tun, wie ja auch im zweiten Absatz der Resolution gesagt worden ist. Es ist da in demselben Absatz ferner noch mit angeführt, welche weitere Gefahr das Prämienlohnsystem ferner noch in sich birgt und worüber ich bereits gesprochen habe. Man kann dem Prämienlohnsystem gar nicht skeptisch genug gegenübersehen, denn es hat bisher nur unheilvolle Folgen gezeigt. Deshalb enthält der dritte Absatz der Resolution eine grundsätzliche Erklärung gegen das System. Nun ist aber — theoretisch wenigstens — immer noch die Möglichkeit vorhanden, daß irgendwo Arbeitsverhältnisse bestehen können, die so miserabel sind, daß die anständige Handhabung eines Prämienlohnsystems immer noch einen Fortschritt bedeuten kann. Es gibt zum Beispiel Betriebe, wo das Akkorwesen sehr zerfahren ist, wo die Arbeiter gar nicht wissen, wieviel sie verdienen, wo sie dies erst am Jahrltag erfahren, wo ihnen gänzlich die Übersicht darüber fehlt, wie ihr Verdienst berechnet wird und so weiter. Es sind, mit einem Worte gesagt, Verhältnisse denkbar, wo es aus irgend einem Grunde richtiger erscheinen kann, dem Prämienlohnsystem keinen Widerstand entgegenzusetzen. Wir müssen aber immer freie Hand behalten, hier das System zuzulassen. Ob dies angezeigt ist, muß aber stets von Fall zu Fall entschieden werden und zwar, wie dies nicht anders sein kann, von den maßgebenden Verbandsinstanzen. Sie sehen, daß der letzte Absatz der Resolution diesen Forderungen genau angepaßt ist. Selbstverständlich haben wir in allen Fällen, wo das System zugelassen wird, auch so weit dafür zu sorgen, daß die schädlichen Folgen so weit wie irgend möglich paralytisch werden. Aus demselben Grunde hat ja auch die A. S. E. mit der Unternehmerorganisation des Carlisle-Agreement abgeschlossen. Ich habe Ihnen dies ja schon vorhin vorgelesen. Wir haben hier aber mit einem Unternehmertum zu tun, das im Durchschnitt noch skrupelloser ist als das englische. Die Bedingungen müßten insoweit in Deutschland noch ein gutes Teil schärfer gefaßt werden.

(Schluß folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 5. August der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. August 1905 fällig ist.

Bezüglich der Auszahlung der Reiseunterstützung scheint vielfach die Ansicht verbreitet zu sein, daß die neuen Bestimmungen über das Reisegeld schon am 1. Juli 1905 in Kraft getreten sind. Das ist nicht der Fall. Die betreffenden Sätze des neuen Statuts treten — da Reisegeld, Umzugs- und Erwerbslosenunterstützung vom 1. Juli 1906 an gegeneinander ausgerechnet werden — auch erst mit diesem Tage in Kraft. Bis dahin gelten die bisherigen Bestimmungen des § 5 des Statuts vom 1. Juli 1903. Das gleiche gilt auch für die Ortsunterstützung, wobei Reisegeld und Ortsunterstützung gegeneinander aufzurechnen sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Dant-Wilhelmshafen monatlich 10 Pf. Der Verwaltungsstelle Dessau monatlich 5 Pf., nicht, wie irrthümlich in Nr. 30 stand, wöchentlich.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ungeachtet dessen aus dem Verband wird nach § 3, Abs. 8 a, des Statuts: Auf Antrag der Einzelmitglieder in Chemnitz: Der Klemperer Albert Kaufmann, geb. am 24. Juni 1881 zu Chemnitz, Buch-Nr. 782 443, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Dreher Karl Hännow, geb. am 12. Dezember 1878 zu Nichtenberg, Buch-Nr. 572 652; Der Dreher Gotthard Füllig, geb. am 5. Mai 1869 zu Zella, Buch-Nr. 204 773; Der Schlosser Karl Junker, geb. am 17. September 1881 zu Spielhöl, Buch-Nr. 753 326; Der Dreher Richard Wittsche, geb. am 10. April 1880 zu Coswig, Buch-Nr. 654 145; Der Schleifer Richard Pöhlle, geb. am 30. Dezember 1874 zu Rothenburg, Buch-Nr. 650 599; Der Mechaniker Robert Scheibner, geb. am 21. Juni 1883 zu Charlottenburg, Buch-Nr. 679 391; Der Ladierer Richard Stolzenburg, geb. am 31. August 1875 zu Berlin, Buch-Nr. 649 474; Der Schlosser Paul Thürbach, geb. zu Lieberleh, Buch-Nr. 296 502, sämtliche wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bochum: Der Klemperer Franz Rassenhövel, geb. am 5. August 1875 zu Bochum, Buch-Nr. 793 339, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essen a. d. Ruhr: Der Klemperer Paul Haberland, geb. am 18. Juli 1878 zu Essen, Buch-Nr. 774 698; Der Klemperer Wilhelm Hegener, geb. am 1. September 1885 zu Essen, Buch-Nr. 774 698; Der Klemperer Peter Hendrichs, geb. am 3. Juni 1870 zu Calcar, Buch-Nr. 813 629; Der Klemperer Gerhard Rißter, geb. am 7. Oktober zu Köln, Buch-Nr. 781 691; Der Klemperer Heinrich Kasp, geb. am 3. September 1866 zu Gütersloh, Buch-Nr. 820 161; Der Klemperer Gustav Eduard Westphal, geb. am 8. April 1885 zu Elmshorn, Buch-Nr. 813 355; Der Klemperer Ferdinand Ziffer, geb. am 3. März 1888 zu Königs, Buch-Nr. 801 664, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kumbach: Der Hilfsarbeiter Martin War, geb. am 6. März 1864 zu Mesdorf, Buch-Nr. 817 522;

Der Schlosser Andreas Ripp, geb. am 8. Mai 1883 zu Pegna-brunn, Buch-Nr. 817 507; Der Maschinenist Konrad Stamm, geb. am 22. August 1887 zu Seidenhof, Buch-Nr. 817 549; Der Schlosser Georg Stemmer, geb. am 12. September 1880 zu Kumbach, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pegnitz: Der Hilfsarbeiter Konrad Kürzdörfer, geb. am 5. April 1889 zu Nemschenreuth, Buch-Nr. 644 464; Der Schlosser Johann Lux, geb. am 25. Mai 1885 zu Ober-Kommerreuth, Buch-Nr. 798 397; Der Schlosser Josef Scheidler, geb. am 24. September 1875 zu Pegnitz, Buch-Nr. 489 499; Der Möbelschreiner Josef Witek, geb. am 26. Juni 1861 zu Sackber (Böhmen), sämtliche wegen Streikbruch.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: Der Wechner Johann Heid, geb. am 13. Januar 1856 zu Freudenheim, Buch-Nr. 247 000 wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Radolfzell: Der Schlosser Johann Nepomuk Vertsch, geb. am 8. Dezember 1886 zu Walssee, Buch-Nr. 588 693 wegen unkollegialen Verhalten.

Gewarnt wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Suhl: vor dem Büchsenmacher Heinrich Holz, geb. am 2. Oktober 1866 zu Marxfrankfurt, Buch-Nr. 586 270. Dessen Mitgliedsbuch ist anzuhalten. Holz ist unter Mitnahme von Verbandsgebern und Beitragsmarken von Suhl abgereist und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß er in seinem Mitgliedsbuch die Abmeldung gefälscht hat und auf dieses Buch Reisegeld erheben will; vor dem Schlosser Anton Bergmann aus Wien. Bereits in Nr. 30 vom Jahre 1904 wurde vor ihm gewarnt. Bergmann gibt sich als organisierten Kollegen aus, trotzdem er bereits seit 1902 aus dem Schweizer Metallarbeiter-Verband ausgeschlossen wurde.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

- Zugug ist fernzuzhalten:
- von Weizern, Drechern, Dreikern, Gürtlern und Metallformern nach Berlin;
 - von Brennern und Aufträgern zc. nach M.-Glabbach (Stanz- und Emailierwerk Robert Jansen) M.;
 - von Formern, Eisengießeiarbeitern und Keramachern nach Chemnitz (Krauthelm) St.; nach Darmstadt (Höber, Herdfabrik) St.; nach Göppingen M. und D.; nach Koblenz (Metznerischer Eisenwerk) St.; nach Neutrelitz (S. Steffen); nach Rorschach; nach Stuttgart-Kannstatt (Gruppe) D.; nach Torgelow (Hilde & Co.) D.; nach Welschert M.; nach Wernigerode a. Harz (Widers) St.;
 - von Klemperern und Installateuren nach Basel, Schweiz St.; nach Bonn a. Rh. St.; nach Bromberg St.; nach Dresden L.; nach Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Köln St.; nach München M.; nach Pforzheim L.; nach Remscheid St.;
 - von Klemperern, Installateuren und Kupferschmieden nach Aachen St.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Regenz-Nieden (Jenny & Schindler) M.; nach Darmstadt (Herdfabrik Höber) M.; nach Erfurt (Lokomotivfabrik Hagens) St.; nach Halle (Maschinenfabrik); nach Hamburg (Betriebswerkstätten der Straßenbahnen, Mühlenbauanstalt F. S. Schule, Kalaofabrik Th. Richard, Wandstedt); nach Mülheim a. Rh., besonders Drahtzieheren, M.; nach Rorschach (Gießerei Rorschach) St.; nach Solingen; nach Welschert M.; nach Weimar (Altkriegesgesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf) D.; nach Würzburg (Burbaum) St.;
 - von Metallbrüchern und Fabrikklempnern nach Erlangen (Peter Fischer) D.;
 - von Metallschlägern nach Breslau D.;
 - von Möbelschreibern nach Rorschach St.;
 - von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
 - von Schlossern nach Stuttgart (Kunst- und Bauwerkerei von Stähler) D.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Rubes); nach Zürich (Firmen Kaffen-Bauer, Kaffen-Schwyz, Schöber-Schwyz und Punter & Cie., Ofenfabrik).
 - von Schlossbauern nach Groitzsch b. Leipzig St.;
 - von Schmieden und Wagnern nach Lausanne (Schweiz) St.;
 - von Wertstarbeitern nach Flensburg St.;
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu weichen sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; R.: Maßregelung; N.: Mißstände; Rh.: Lohn- oder Akkor-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Feilenhaner.

Budapest. Die hiesigen Feilenarbeiter hatten einige Erfolge errungen. Nach kaum einer Woche suchten die Unternehmer aber die Konzessionen durch verschiedene Kniffe illusorisch zu machen. Sie sandten Agenten nach Osterreich und Deutschland, um Arbeiter anzuwerben. Wir ersuchen die Kollegen, den Agenten nicht auf den Leim zu geben. Unser Ausblick ist kein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand. Zugug von Feilenarbeitern ist streng fernzuzhalten.

Formen.

Essen. Eine Musterbude ersten Ranges ist das Essener Eisenwerk in Altkessen. Der Inhaber dieser Fabrik hat es verstanden, aus Sachsen eine Anzahl Maschinenformher herzulockern. Nach dem abgeschlossenen Kontrakt hat er ihnen zwei Jahre Arbeit versprochen. Mit dieser zweijährigen Arbeit machen die Leute jetzt ihre schönen Erfahrungen. Das Gewerbegericht sieht den Herrn Linnemann als seinen besten Kunden an. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, wenn Herr Linnemann wieder in Sachsen oder Schlesien die Werbetrommel rührt, ihm begreiflich zu machen, daß er sein Glück bei Dünmerrern versuchen soll. Kollegen, meidet die Bude!

Wald b. Solingen. Hier reichten am 19. Juli die Kollegen von 5 Gießereien ihre Kündigung ein. Die Gründe zu diesem Vorgehen lieferten die Unternehmer. Bekanntlich sind in Welschert 1400 Metallarbeiter, darunter 300 Formen, ausgesperrt, weil letztere es wagten, einen Tarifstreik einzuleiten. Nach erfolgter Aussperrung wandten sich die Unternehmer an die hiesigen Gießereibesser, um Fuß, besonders aber Bohrguß, herzustellen zu bekommen. Bei den Vorstellungen hierüber durch die Beauftragten versprach man, Streikarbeit nicht mehr anzufertigen. Wer sein Wort nicht hielt, waren die Unternehmer. Auf alle mögliche Art und Weise wurden die Formen hintergangen. Dazu kommt noch der Umstand, daß

der Kampf in Welschert immer länger dauert, je mehr Bohrguß hier hergestellt wird. Mit der Niederlage in Welschert wäre dann auch die Niederlage hier herbeigeführt, da jetzt schon versucht wurde, die Abmachungen zu umgehen. Raum ist die Kündigung erfolgt, arbeiten auch die Unternehmer mit allen Mitteln, Uneinigkeit herbeizuführen. In Welschert sollen annähernd 200 Kisten in den Gießereien wiederbesetzt sein, wenn die Arbeit niedergelegt wird, komme kein Mensch wieder in die Bude u. s. w. So verkünden die Zeitungen. Wir haben die Empfehlung, daß die Herren damit ihren letzten Krampf ausspielen. Der Frieden in Welschert muß von uns erzwungen werden. Es ist begreiflich, daß man dies zu hintertreiben sucht. In Ennepetal (im Westfalen) möge man die Vorgänge hier und in Welschert genau verfolgen, da die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Unternehmern ausschlaggebend für Lohn- und Arbeitsbedingungen sind. — Während der Zeit der Differenzen erhalten hier zureisende Former kein Lokal-gesicht.

Klemperer.

Spandau. Die Lohnbewegung der Klemperer. Wer dieses liest und die Spandauer Verhältnisse kennt, wird sich fragen: „Wie ist denn das möglich?“ Spandauer Metallarbeiter und Lohnbewegung sind sonst zwei unvereinbare Dinge gewesen. Die Kollegen in Spandau haben sich also aufgerafft und sind mit einer Einmütigkeit vorgegangen, die uns alle in Erstaunen gesetzt hat. Sie traten geschlossen an und haben auch im ersten Anlauf einen durchaus beachtenswerten Erfolg errungen. Auf ein Schreiben von uns teilte die Innung mit, sie sei bereit, mit ihren Leuten zu verhandeln, nicht aber mit dritten Personen. Darauf traten wir an die einzelnen Firmen mit unseren Forderungen heran, und als die Firmen, bis auf zwei kleinere Betriebe, bis zum 15. Juli abends nicht bewilligten, nahmen unsere Kollegen am 17. früh die Arbeit nicht wieder auf. Schon wenige Tage später kam es zur Verhandlung von Organisation zu Organisation. Diese Verhandlungen hatten das Resultat, daß unterm 21. Juli folgender Lohn- und Arbeitsvertrag für das Klemperergewerbe in Spandau abgeschlossen wurde: 1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 Stunden, für die Dauer der kurzen Tage ist die Arbeitszeit den Lichtverhältnissen anzupassen. Die Parteien sind nach Anordnung des Arbeitgebers zu machen. 2. Die gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses wird ausgeschlossen. 3. Die Arbeit wird nur in Zeitlohn gegeben. 4. Sonnabends ist um 5 Uhr, an den Tagen vor den hohen Festen um 4 Uhr Feierabend, ohne daß ein Lohnabzug stattfindet. 5. Der Mindestlohn für Klemperer beträgt: a) für Spandau: bis 1 Jahr nach beendeter Lehrzeit 45 Pf. pro Stunde, bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 50 Pf. pro Stunde und von 2 Jahren nach beendeter Lehrzeit an 55 Pf. pro Stunde; b) für Arbeiter innerhalb des Gebietes für den Lohnstarif Berlins: bis 1 Jahr nach beendeter Lehrzeit 50 Pf. pro Stunde, bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 55 Pf. pro Stunde, und von 2 Jahren nach beendeter Lehrzeit an 60 Pf. pro Stunde. Für die durch Alter, Unfall, Invalidität und Krankheit minder leistungsfähigen Klemperer unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung. 6. Für Überstunden werden 10 Pf. pro Stunde Aufschlag bezahlt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit werden 25 Prozent Aufschlag pro Stunde bezahlt. 7. Für Arbeiten außerhalb Spandau wird das Fahrgehalt ab Bahnhof Spandau und außerdem pro Tag eine Stunde Lohn als Fahrzeitentschädigung bezahlt. Bei Arbeiten, die ein Übernachten außerhalb Spandaus nötig machen, sind noch besondere Zulagen für Nachtlöge und Verpflegungskosten zu gewähren. 8. Die gesetzlichen Arbeitersehbedingungen sind innewzuzhalten. 9. Bei vorkommenden Streitigkeiten greifen die von den unterzeichneten Parteien ernannten Vertreter regelnd ein. Gelingt dadurch eine Verständigung nicht, verpflichten sich beide Parteien, das Einigungsamt des Gewerbegerichtes zu Spandau anzurufen. Dies muß innerhalb einer Woche geschehen. 10. Dieser Vertrag läuft erstmalig bis zum 1. April 1907 und ist 3 Monate vor seinem Ablauf zu kündigen. Gelingt dies nicht, dann läuft der Vertrag mit derselben Kündigungsfrist immer um ein Jahr weiter. 11. Die Parteien verpflichten sich, für den Fall der Kündigung, vor Ablauf der Kündigung, zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Gelingt hierbei eine Verständigung nicht, dann soll auch in diesem Falle das Einigungsamt des Gewerbegerichtes Spandau angereufen werden. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung sind unzulässig. Die während des Ausstandes tätigen Gehilfen dürfen von den neuertretenden Gehilfen nicht behelligt werden. Die Arbeit wurde am Montag, den 28. Juli wieder aufgenommen. Hoffentlich sorgen die Spandauer Kollegen durch möglichst kräftige ihrer Organisation dafür, daß die tariflichen Bestimmungen auch eingehalten werden. Vielleicht trägt diese Bewegung auch dazu bei, die übrigen Metallarbeiter in Spandau aufzurütteln.

Metallarbeiter.

Borna. Weil Sie Versammlungen einberufen und geleitet haben, in der Stadt auch den Vertrauensmann machen, wie mir die Polizei sagt, deshalb muß ich Sie entlassen, so leid es mir auch tut, denn solche Leute kann ich nicht beschäftigen. Mit diesen Worten wurde der Vertrauensmann von dem Inhaber der Firma Schilbach, Grube & Co., Fabrik für Eisenmöbel, bei der Lohnzahlung am Sonnabend den 22. Juli begrüßt. Der Vertrauensmann hatte nun freilich sämtliche Leute im Betrieb für den Verband gewonnen (was dem Chef jedenfalls unbekannt war), diese sind aber gar nicht gewillt, die Maßregelung ihres Kollegen ruhig hinzunehmen. Da die Firma im Gebirge Leute suchen wird, so ersuchen wir, nicht hereinzuwollen. Zu reisen braucht sich niemand um diese Stellen bei der Firma, denn die hohen Löhne, die versprochen werden, bestehen in 22 bis 32 Pf. pro Stunde. Ein Arbeiter hat allerdings 38 Pf. Wir ersuchen, den Zugug fernzuzhalten.

Differdingen. Sehr viele deutsche Firmen haben in Luxemburgischen Montagearbeiten auszuführen. Zurzeit hat die Firma Dingler in Zweibrücken einige Arbeiter hier auf Montage. Diese müssen von morgens 6 bis abends 10 und 11 Uhr arbeiten. Die Arbeiter (aus Zweibrücken) erhalten 38 bis 40 Pf. Lohn pro Stunde und haben dabei Kost und Logis; die Hilfsarbeiter erhalten 38 Pf. Obwohl nun die Arbeiter die ganze Woche pro Tag durchschnittlich 16 Stunden arbeiten, ist das dieser Firma noch nicht genug; die Arbeiter müssen auch den ganzen Sonntag arbeiten. Läßt einer dieser Arbeiter wegen Übermüdung ein wenig mit dem Arbeiten nach, so ist schon der Obermonteur zur Stelle, um die Sklaven anzutreiben. Durch dieses Jagen und Heßen wäre vorige Woche beinahe ein schweres Unglück geschehen. Man war eben daran, den schweren Scheerbaum aufzurichten; die Arbeiter hatten noch nicht alles ganz in Ordnung, trotzdem rief der Obermonteur schon: „Ziehen!“ Die Arbeiter machten ihn darauf aufmerksam, daß noch nicht alles in Ordnung sei. Doch was kümmerte das den Herrn Obermonteur. Er rief aufs neue: „Ziehen, das muß schneller geben!“ Die Arbeiter jogten an und frachend fiel der Scheerbaum zu Boden. Glücklicherweise auf die Gegenseite des Hüttenwerkes. Wäre er auf das Hüttenwerk gefallen, so wäre die Gießerei mit den dort beschäftigten Arbeitern zertrümmert worden. Wie bei der Firma Dingler, so geht es auch bei anderen deutschen Firmen. — In verschiedenen Artikeln sind auch schon die Mißstände auf dem hiesigen Hüttenwert in der Metallarbeiter-Zeitung aufgedeckt worden. Vor sieben Wochen ist auf dem Werke ein Bruder des Herrn Kommiss Stenz eingetreten und arbeitet unter Stenz. Gleich erhielt dieser Bruder mehr Lohn als die anderen Arbeiter, die schon jahrelang dort beschäftigt sind. Das Hüttenwert sucht auf alle mögliche Art seinen Profit zu steigern. Demnach wird eine Schwebebahn von Differdingen nach Mümlingen gebaut, um Frachtkosten zu ersparen. Das Hüttenwert besitzt in Mümlingen Erzgruben, die es von der Luxemburger Regierung für einen Apfel und ein Stück Brot erworben hat. Wohl hat die Direktion der Prinz-Heinrich-Bahn Einspruch gegen den Bau der Schwebebahn erhoben, das Hüttenwert erhielt aber doch die Konzession. — Die Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle machen wir darauf aufmerksam, daß die Ortsverwaltung wieder geordnet ist und jeden Freitag abend bei Heitz-Hollinger Mitgliederversammlung abgehalten wird. Wir ersuchen die Kollegen, die Versammlungen zahlreich zu besuchen. Nachdem alles geordnet, müssen wir wieder täglich vorwärts streben. Jeder Kollege muß dazu beitragen, indem er nicht nur die Versammlungen regelmäßig besucht, sondern immer neue Mitglieder dem

Verband zuführt. Unser Bevollmächtigter ist Kollege Jakob Zillmann, Luxemburg-Platz, Waubanstraße 47. Man kann sich brieflich an ihn wenden, und er ist auch jeden Freitag abend bei Zehls-Röllinger in Dillferdingen zu sprechen.

Gewerksberg. Christliche Gelben auf einer Vernichtungstour gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Glücklich hätte der Deutsche Metallarbeiter-Verband eine Woche lang dem Vernichtungskampf der Christlichen standgehalten. Am Samstag den 15. Juli begann der Krieg in Gaan; nachdem man aber nun dort schon einmal wußte, daß man in der Nähe von Solingen nichts erreichen kann, ging man weiter, um da die Menschen zu belegen; es folgte auf Gaan Remscheid, Schwelm, Elberfeld, Hagen, Sape und zuguterletzt am Samstag den 22. Juli nach Gewerksberg. Von diesen sieben Versammlungen wurden nur zwei richtig zu Ende geführt: die in Remscheid, wo man unter „Ich“ war, und in Elberfeld, wo man nachher Streit darüber hatte, ob die Resolution der Freien oder die der Christlichen angenommen worden sei. Eine Versammlung wurde polizeilich aufgelöst und die übrigen vier wurden von den „unparteilichen“ christlichen Leitern geschlossen, ehe sie ihr Ende erreicht hatten, in zwei kam man sogar nicht weiter wie zu einer sehr heftigen Geschäftsordnungsdebatte. Alle diese Versammlungen wurden mit einem „Niesentamtam“ ins Wert gerufen. Verschiedene Tage vorher verteilte man Niesentamtamblätter mit dem Titel „Arbeiterverrat“, „Der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband in sozialdemokratischer Beleuchtung“. Dann wurden einen Tag vor den Versammlungen noch die Einladungen zu der Versammlung verteilt mit dem Thema: „Wie der deutsche sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband die Solinger Messerschleifer schmählich hintergangen, Streikbrecher stellt und die Öffentlichkeit belügt, um seine Treibereien zu verdecken“. Referent Josef Walbes aus Schwelm. Diesen Herrn Referenten war nun aber schon nach der Versammlung in Schwelm das Herz in die Hosen gefallen und in den folgenden Versammlungen trat er nur noch als Vorleser auf, trotzdem er auf den Einladungen als Referent angegeben war. Das Referat mußte der berühmte und „wahrheitsliebende“ Herr Jakob Winter von Düsseldorf übernehmen, der die M.-Glabbacher Jesuitenkirche mit einem besseren Zeugnis abschloß hat wie Walbes. Nachdem die Herren nun die ganze Woche lang eine Abfuhr nach der anderen erlebt hatten, wollten man aber am Samstag in Gewerksberg noch retten, was zu retten war. Aber, ach — auch hier versagte jedes Glück, trotzdem man von Schwelm und Umgegend noch Hilstruppen herangezogen hatte. Ja, welche Lust man hatte, geht daraus hervor, daß man sämtliche Mitglieder des katholischen Männervereins „Harmonie“ brieflich wie folgt einlud: „Den beiliegenden Versammlungszettel bitten zu beachten und als katholischer Mann pünktlich zu erscheinen, da die Sozialdemokraten, wie die Erfahrung lehrt, solche Versammlungen zu föhren suchen. Also auf zur Versammlung! Zeigen wir als katholische Männer und Arbeiter, daß wir am Platze sind, wenn es gilt, das Christentum zu verteidigen. Auf Ihr Erscheinen rechnen wir sicher und bitten, gleichgültige Freunde auch mit in die Versammlung zu bringen.“ — Den Leuten wird von den „Christlichen“ nichts vorgelebt, das „Christentum“ wäre in Gefahr; wir fragen die Herren: Sind denn die Solinger Messerschleifer jetzt das Christentum? Aber alles Flehen und Bitten hatte nichts gebrungen, gegen 1/9 Uhr rückten die Metallarbeiter in Strömen in den Saal. Herrn Walbes brach der Angstschweiß aus, er hatte keine Farbe mehr im Gesicht; endlich gegen 9 Uhr kam „Jakob“ der Winter, er lächelte bei einem so gefüllten Saal und dachte jedenfalls, die Briefe haben gezeugt. Aber — das Schicksal verstand schnell, als ihm Herr Walbes mitteilte, eine große Zahl der Anwesenden hätten kein „Entree“ bezahlt. Endlich erkörnte die Klingel, Herr Walbes eröffnete die Versammlung und erklärte, nach den Erfahrungen der letzten Versammlungen, wo immer der Kampf um das Bureau entbrannt wäre, wollten sie so „loyal“ sein und es der Versammlung überlassen, einen zweiten Vorlesenden zu wählen, den ersten würden sie stellen. Nun entbrannte die Geschäftsordnungsdebatte. Kollege Haas stellte den Antrag, das ganze Bureau wählen zu lassen, denn sonst könnte man nicht von einer Bureauwahl reden. Herr Winter erklärte darauf, dieses gebe es nicht, sie beschließen die Versammlung in Händen. Von unserer Seite aus beteiligten sich nochmals die Kollegen Haas, Langenscheid und Heine an der Debatte, die den Herren manche derbe Wahrheit sagten. Nun erklärte der „Herr“ Herr Walbes, sie beschließen die Leitung der Versammlung und würden die Versammlung so leiten wie es dem „Geist“ entspreche, auf Anträge u. s. w. würden sie sich nicht einlassen. Hierauf nahm der Kollege Haas nochmals das Wort und sagte dem Herrn, daß er nach dem „Geist“ mit der Versammlung machen könnte, was er wollte. Wenn sie sich auf Anträge u. s. w. nicht einließen, so beweiße das schon, was sie mit der Versammlung vorhätten. Er, Redner, würde folgende Resolution vortragen und er verlange, daß über dieselbe abgestimmt würde — darauf lange Geschreie, die beim Vorlesen der Resolution immer länger und länger wurden. Die Resolution lautet: „Die heutige überfüllte öffentliche Versammlung, einberufen von christlicher Seite, protestiert auf das Entschiedenste gegen das Vorgehen der christlichen Führer und Versammlungsleiter in puncto Bureauwahl und Handhabung der Geschäftsordnung“. Es ist Gebrauch und auch Recht, daß in einer öffentlichen Versammlung ein Bureau gewählt wird, und solange dieses die christlichen Gelben nicht zulassen, haben sie kein Recht von „Anstand und Gerechtigkeit“ zu reden. Die Versammlung spricht ihre Wertschätzung über solche Führer aus.“ Eingedenk der Worte des Herrn Walbes: auf Anträge u. s. w. flehen sie sich nicht ein, ließ Haas über seine Resolution selbst abstimmen und siehe: gegen 600 Personen erhoben sich mit einem donnernden Bravo von ihren Plätzen. — Herr Walbes, bleich vor Mut, stammelte ganz matt die Worte: Die Versammlung ist geschlossen! Und Herr Jakob Winter sprang, wie von einer „Platte“ getroffen, auf den Kollegen Haas zu und rief: Du bist ein — Lump! In demselben Augenblick war auch schon der Herr Wachmeister Burdewitz auf der Bühne und erklärte den Herren, eine solche Versammlung hätte er noch nicht mitgemacht, es wäre in allen Versammlungen noch anständig hergegangen und dann hätte sprechen können, wer gewollt hätte. Kollege Haas forderte unsere Leute auf, ruhig zu Hagenberg zu gehen. Des Lump solle ihm Winter an einer anderen Stelle beweisen. Der Saal wurde leer und die verbliebenen christlichen „Gelben“ jaßen mit ungehörig jämmerlichem allem da. So „vernichtet“ man den (sozialdemokratischen) Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Streik. In der letzten Zeit haben die Vertretungskomitee und die Mitgliederversammlungen sich mit den Verhältnissen in der Maschinenfabrik von Schrörs (Werkzeugfabrik) befaßt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort sehr schlecht, am schlechtesten in der Gießerei. Vor langer Zeit ist ein neuer Formereister eingestellt worden, nun ist Lohnreduktion an der Tagesordnung. Die Maschinenformereister werden besonders damit beklagt. Es ist soweit gekommen, daß eine bestimmte Anzahl Kapfen umsonst gefornet werden müssen. Weigert sich ein Formereister, dann antwortet Herr Schrörs: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen“, oder: „Ja, wenn man nicht mehr will, so geht er“. In diesem Auspruch meinte der Herr Schrörs, daß ein Formereister, wenn er vor einem halben Jahre zwei Formereister nach Berlin schickte, damit sie ein neues Antriebsmechanismus erlernen und dann hier einführen könnten. Die Leute kamen retour, als Verbesserung brachten sie so gut wie nichts mit. Nachdem wird fleißig rekrutiert. Auch die gelehrten Formereister sind nicht verschont geblieben. Deshalb ist eine sehr harte Plakation unter den Formereistern und Gießereiarbeitern eingeleitet. Die Firma sucht nun Eberall Formereister und Hilfsarbeiter. Leider lassen sich auch viele Kollegen durch die Annoncen verleiten, nach Streik zu kommen. Hier Arbeitswillige vom letzten Streik in Dülken haben vor 14 Tagen auch zu arbeiten angefangen. Die Verhältnisse in den anderen Werken sind nicht besser. Es werden an Schlosser, Dreher u. s. w. Stundenlöhne von 22 Pf. an bezahlt, Schweißarbeiter 20 Pf. Das Affordingsgeld geht da auch in voller Höhe. Die Behandlung durch Meister und Arbeiter liegt auch viel zu wünschen übrig, die Herren laufen alle nach der Nase des Herrn Schrörs. Die Organisation der Arbeiter ist Herrn Schrörs verhasst, mehrere Kollegen sind schon gemordet worden. Herr Schrörs wird von gewissen Zeitungsapostern als ein formereister, guter Mann geschildert. Dafür sorgt er natürlich selbst, indem er die Geschäfte auch in die Fabrik führt und ihnen mitunter ein paar

hundert Mark zukommen läßt. Dem Tun des Herrn Schrörs steht die Organisation vorläufig noch machtlos gegenüber, da die Kollegen in Kraft sich ihr in ihrer großen Mehrzahl erhalten. Es ist deshalb Aufgabe jedes Kollegen, der den Wert der Organisation erkannt hat, die Gleichgültigen und die uns feindlich Gesinnten über unsere Bestrebungen aufzuklären und sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Milheim a. Rh. Der Deutsche Metallarbeiter, das Organ des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes, bringt in seiner letzten Nummer einen über drei Spalten langen Artikel über die finanziellen Mittel und über die Taktik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei Lohnbewegungen, unter anderem der bei Felten & Guilleaume. Angesichts der Situation, in der wir uns hier momentan befinden, halten wir es nicht für angebracht, auf den schmutzigen, die Wahrheit entstellenden Artikel jetzt schon einzugehen, wollen aber den Brüdern in Christo verraten, daß wir in dem Augenblick, wo die hiesige Lohnbewegung zu Ende ist, an dieser Stelle die Münchener-Glabbacher Jesuitenaktik gebührend kennzeichnen werden. J. W.

Offenbach a. M. Wegen der Kritik, die ein Kollege in einer Werkstatteversammlung an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Schlesingerischen Metallwarenfabrik übte, wurde er entlassen. Die Firma erkannte aber nun doch indirekt die Berechtigung der Klagen an, indem sie unter Aufrechthaltung der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die neunstündige Arbeitszeit provisorisch einführt. Durch einmütiges Zusammenhalten in der Organisation wird es den Arbeitern möglich sein, auch noch weitere Verbesserungen zu erreichen.

Prag. Hier ist heuer eine Bewegung in der Maschinenindustrie für Verkürzung der Arbeitszeit entstanden, die bisher einen guten Erfolg hatte. In mehreren größeren Betrieben wurde die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und Minimallohne festgesetzt. Nur im Elektrizitätswert von Fr. Krizik ist es uns nicht gelungen, diese Forderungen ohne Kampf durchzuführen. Deshalb ist, nachdem der Unternehmer eine Unterhandlung ablehnte, am 28. Juli ein Streik ausgebrochen. Die Anzahl der Streikenden beträgt 150. Seit dem Jahre 1898 fand in Prag kein so großer Streik der Metallarbeiter statt wie dieser. Zugang von Metallarbeitern ist streng fernzuhalten.

Sollingen-Nahe. Die Tarifbewegung der Metallarbeiter bei der Firma G. Hammesfahr ist soweit gediehen, daß nach Ablauf der Kündigung die Arbeit im beiderseitigen Einverständnis zwischen Verbandsleitung und Firma fortgesetzt wurde. Die Beschlußfassung über die Vereinbarungen unterliegen jedoch erst einer Versammlung der bei Hammesfahr beschäftigten Arbeiter. Gerade in diesem kritischen Stadium ist es nun wieder die Arbeiterstimme, die versucht, den Metallarbeitern bei Abschluß ihres Vertrags Knipfel zwischen die Beine zu werfen. Obwohl es den Redakteuren ein leichtes ist, die Wahrheit zu erfahren, es auch gar nicht im Interesse der Sache liegt, vor der Öffentlichkeit Tamtam zu schlagen, stellt man alles auf den Kopf, was man nur irgendwie von der Fische gewahr werden kann. Wir lassen den Bericht der Arbeiterstimme hier folgen. Sie schreibt: „Zum Streit bei Hammesfahr ist mitzuteilen, daß die Metallarbeiter, welche vor 14 Tagen gekündigt hatten, die Arbeit am Montag wieder aufnahmen, nachdem Hammesfahr ihnen die Regelung ihres Lohns zugesagt hatte. Direkte Erfolge sind nicht erzielt worden, vielmehr werden die Forderungen der Metallarbeiter Gegenstand fortgesetzter Verhandlungen sein, da nunmehr jene Kategorien Hammesfahriger Arbeiter, die in dem eingereichten Lohnsatz nicht begriffen waren, ebenfalls Forderungen stellen.“ Die Streikkommission hat beschlossen, in allen Städten Deutschlands dahin zu wirken, daß über das Hammesfahrche Warenzeichen der Boykott verhängt wird. Das laufende Publikum soll davon unterrichtet werden, daß der Autokrat Hammesfahr den Arbeitern in keiner Weise entgegenkommen will. Ob der Boykott etwas nützen wird, muß nach Lage der Sache bezweifelt werden.“ — Angesichts dieses Artikels blieb uns keine andere Wahl, als Hammesfahr telephonisch zu benachrichtigen, daß wir keinen Anteil an solcher Berichterstattung haben. Ebenso setzten wir die Öffentlichkeit davon in Kenntnis, daß diese Veröffentlichung unmöglich ist. Das beste an der Holz ist, daß man den Glauben auswärts erwecken will, als wenn wir, die Metallarbeiter, an dem Boykott gegen das Hammesfahrche Warenzeichen beteiligt wären, weil — der Erfolg ausgeblieben sei. Wir verzichten auf Erfolge, die durch persönliche Anbitterei erzielt werden und überlassen diese solchen Leuten, die einen anderen Weg nicht finden können. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der gegen Hammesfahr in Aussicht genommene Warenboykott von der hiesigen Arbeiterschaft nicht beschlossen werden wird, da sichhaltige Gründe dafür nicht vorliegen. Sollte ein einzelner Lokalverein sich mit Hilfe der Redaktion der Vergifteten Arbeiterstimme dazu entschließen, so muß dem ganz entschieden entgegengetreten werden. Näherer Bericht folgt.

Strasbourg i. E. Im Bälzwerk von Wolff, Reiter & Jacobbi auf der Eporenmittel waren Differenzen ausgebrochen, auch 5 Kollegen waren dort gemordet. Es ist nun eine Einigung erzielt worden. Die Verregelung unserer Kollegen wurde nach Verhandlungen unseres Bezirksleiters Dorschler mit der Firma zurückgenommen. Weiter wurde bewilligt, daß, wenn die Arbeiter in den nächsten 14 Tagen in Accord nicht auf einen angemessenen Verdienst kämen, wieder in Zaglobn gearbeitet würde. Eine Kommission, die bei Streitigkeiten von Fall zu Fall mit der Firma unterhandelt soll, wird ebenfalls anerkannt. Das ist ein schöner Erfolg für unsere junge Organisation im Bälzwerk. Die Kollegen haben die Feuerprobe bestanden. Wenn sie die Agitation so fortsetzen, wie sie sie bisher betrieben haben, werden sie sich gegen etwaige Verschlechterungen wehren und weitere Verbesserungen erringen können. Wir wollen auch nicht verkümmern, an dieser Stelle die Kollegen, die bei dieser Firma in Königshofen arbeiten, anzusprechen, noch mehr als bisher zu agitieren und den letzten Mann in die Organisation zu bringen, damit auch dort bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen werden können. Kollegen, ihr habt an einem Beispiel jetzt gesehen, wie etwas zu erringen ist. Was müßt es, wenn ihr euch gegenseitig verpflichtet, was müßt es, wenn ihr zwei oder gar drei Organisationen angeht und so die Geschäfte eurer Unternehmern befördert? Seht vor allen Dingen auf die Leistungen der einzelnen Organisation, auf ihre Macht, ihre Mitgliederzahl, dann wird die Wahl euch nicht schwer fallen. Die Arbeiterorganisationen besorgen lediglich die Geschäfte der Unternehmer, weil sie die Günstigkeit der Arbeiter verhindern. Darum tretet Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Auch den übrigen Metallarbeitern von Strasbourg und der Umgegend gelten diese Worte. Schlosser, Spengler, Juchallatene, Schmiede, Dreher u. s. w. seht euch um, wie ihr gestellt seid. Geradezu häßlichstehende Zustände sind es, die wir zu beseitigen haben. Wie können wir diese abschaffen? Sind denn die Lohnbewegungen der hiesigen Bauarbeiter, Maler, Glaser, Steinhauser, Erdarbeiter u. s. w. jurelo an euch vorübergegangen? Habt ihr denn keine Anforderungen mehr an das Leben zu stellen? Erwannet euch und schließt euch der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, an. Laßt allen Stabesdunkel, allen Chauvinismus, allen Feindschaft fahren und ahmt euren Unternehmern nach, die sich ohne Rücksicht auf Abstammung und Religion einheitlich organisieren. Mit der faulen Rede: „Ich mache mit, wenn es losgeht!“ ist auch so wenig wie uns gescholten, nur ein feiger Geselle drückt sich so um seine Verpflichtungen. Also, Metallarbeiter aller Branchen von Strasbourg und Umgegend: Stürzet in die Organisation! — Wir können nicht mehr, am Schlusse einigen Meistern von Wolff, Reiter & Jacobbi, besonders dem Herrn Obermeister, den guten Rat zu geben, etwas vorsichtiger mit ihren Redensarten umzugehen. Die Arbeiter haben es jaht, sich fernertin so wie bisher behandeln zu lassen.

Welsch. Allelei falsche Gerüchte werden von gewisser Seite über die hiesige Bewegung kolportiert: Die Sache sei für die Arbeiter verloren, in den Gießereien seien 136 Formkisten befehlt, ja man spricht sogar von 160 Kisten. Dadurch versucht man in den Kreisen der Formereister in Reud und Solingen, wo fast ausschließlich Holzbohrer hergestellt wird, Unruhe hineinzutragen. Die Solinger Kollegen haben nun ebenfalls gekündigt, sie werden in einen Sympathiestreit einbezogen. Folgende Stellen, für deren Richtigkeit wir garantieren können, beweisen die Schwundelerei unserer Gegner. Vor der Aus-

sperrung waren in sämtlichen Werkstätten 293 Formkisten befehlt. Daran haben bis zum Tage der Aussperrung gearbeitet 290 Formereister, 130 Hilfsarbeiter und 48 Mädchen (Formmachern, Sortierinnen a. s. w.). Am 28. Juli haben wir folgende befehlt: Es sind gegenwärtig in sämtlichen Werkstätten 293 Formkisten befehlt, daran arbeiten 32 Formereister, 42 Lehrlinge, 84 Hilfsarbeiter, 10 bis 12 Mädchen. Vor der Bewegung waren 11 Meister, jetzt sind 10 Meister beschäftigt. An den 293 Formkisten standen vor der Bewegung 290 der tüchtigsten Berufskollegen, die 98 Lehrlinge verteilten sich unter die in Betracht kommenden Formereister. Die intelligentesten Altkollegen sind mit herausgegangen, die unbrauchbarsten arbeiten jetzt „selbständig“ am Formkisten, auch 84 Hilfsarbeiter, die keinen blauen Dunst vom Formen besitzen. Auf die 32 arbeitswilligen Formereister können die Unternehmer stolz sein, sie leisten im Schrotmachern großartig. Man hat sie nun mit Schießwaffen ausgerüstet. Die Herren Arbeitswilligen scheinen auch besonders Vorrechte gegenüber anderen Personen zu besitzen. In den Werkstätten fangen sie Kräfte an, schimpfen auf die ausgesperrten beidseitigen und verhöhn sie, sogar unter den Augen der Gewerksdame. Als ein Arbeitswilliger laut und deutlich einigen ausgesperrten die Worte zurief: „Ihr seid ja lauter Lumpen!“ wurde ein Gendarm, der das mitanhörte, vom Kollegen Möbel erträgt, was er wohl getan, wenn einer der ausgesperrten den Arbeitswilligen so etwas zugerufen hätte. Der Gendarm antwortete: „Da hätte ich genau so gut gelacht, wie ich jetzt gelacht habe.“ Am 6. Juli sind sechs Gendarmen nach Welsch kommandiert worden; man zerbrach sich die Köpfe, was die guten Leute eigentlich in Welsch tun sollten, man war allgemein der Ansicht, die ausgesperrten sollen vor den Herren Arbeitswilligen geschützt werden. Als aber Herr Wilhelm Klippel im Stadtverordnetenkollegium wegen der Gendarmen interpellierte, erklärte der Herr Bürgermeister Thomas, es seien häufig Ausschreitungen und Belästigungen durch die ausgesperrten vorgekommen, auch habe der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Möbel, dem Polizeikommissär erklärt, er hätte die Leute nicht mehr in seiner Hand. Kollege Möbel hat aber das Gegenteil von dem, was der Herr Bürgermeister Thomas über ihn behauptete, bewiesen. Auf den Kollegen Möbel scheint man es hauptsächlich abgesehen zu haben. An allem, was jetzt hier vorgeht, soll er die Schuld tragen. Vor drei Wochen wollte man ihn auf längere Zeit unschädlich machen. Er war der Erpressung und des Erpressungsversuches gegen die Firma Eisengießerei Aktiengesellschaft vormals Judid angeklagt. Zweimal war ein Untersuchungsrichter mit seinem Sekretär aus Elberfeld in Welsch, eine Menge von Zeugen wurden vernommen. Zur Hauptverhandlung in Elberfeld waren 22 Zeugen vorgeladen. Der Herr Staatsanwalt hielt den bösen Möbel des ihm zur Last gelegten Vergehens für vollständig überführt. Er beantragte 4 Monate und 2 Monate, zusammen 6 Monate 3 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Lande, löste die ganze Angelegenheit in ihr Nichts auf. Das Urteil lautete auf kostenlos Freisprechung u. g. Recht schweren Herzens zogen die Herren Judid und ihre Betreuer ab. Noch viele andere Freisprechungen von ausgesperrten Kollegen sind erfolgt. Am 12. Juli wurde in den Geschäftsräumen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und in der Privatwohnung des Kollegen Möbel eine Hausdurchsuchung vorgenommen, alles wurde umgekehrt. Man suchte nach Geküsten. Wahrscheinlich glaubten die Herren Unternehmer, das Bureau des Metallarbeiter-Verbandes wäre zu einem Quislager umgewandelt worden. Die Liebesmütze war aber vergeblich; kein Bröcklein wurde gefunden, und so mußte die Polizei wieder leer abziehen. Wahrscheinlich, diese Ausschreitung treibt sonderbare Blüten. Die Herren Unternehmer strengen sich recht gemächlich an, Arbeitswillige zu bekommen, das gelingt ihnen aber nicht. Die Welscher Arbeiter wissen, was für sie auf dem Spiele steht, sie haben den Wert ihrer Organisation begriffen, sie werden sich auf keinen Fall zu Hunderten erniedrigen lassen. Das hätten die Welscher Unternehmer früher nicht geglaubt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband monatlang tausend Arbeiter unterführen wird. Sehr viele Unternehmer haben jetzt erklärt: Hätte man sich so etwas träumen lassen, hätte man den unseligen Schritt (der Aussperrung) niemals getan. — Die Kollegen werden erjucht, den Zugang nach Welsch streng fernzuhalten!

Würgburg. Seit acht Wochen stehen die Metallarbeiter der Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen, vormals Gebrüder Burgbaum, im Streit. In Würgburg, einzelne der Ausständigen zum Streibuch zu verleiten, hat es nicht gefehlt. Doch hat sich bis jetzt nur ein Mann, ein Ungar, als Arbeitswilliger bereit gefunden. Die Erbitterung über die jahrelange brutale Behandlung durch den Betriebsleiter Jenner ist noch nicht erloschen. Die Firma versucht nun, durch Ausschreiben in auswärtigen Zeitungen Schlosser, Schmiede und Dreher heranzuziehen. Doch bisher war alle Mühe umsonst. Fünf Mann, die wegen falscher Vorpiegelungen der Firma aus München antamen, reisten sofort wieder ab. Die Leute stellten am hiesigen Gewerbegericht Klage auf Entschädigung. In einer in dieser Sache am 22. Juli abgehaltenen Verhandlung machte der Betriebsleiter Jenner einen geradezu kläglichen Eindruck. Er erklärte, durch den Streik stark an seinem Denkvermögen gelitten zu haben. Vom Vorstehen des Gewerbegerichtes wurde konstatiert, daß Jenner infolge seiner ungläubwürdigen und verworrenen Aussagen nicht fähig wäre, einen Eid zu leisten. Leute, die den Betriebsleiter kennen, sind sehr erstaunt über die Aussagen dieses Herrn. Hat er doch jederzeit ein ausgezeichnetes Gedächtnis besessen, wenn es galt, einen ihm unliebhamen Arbeiter, w. in auch erst nach langer Zeit, brotlos zu machen. Für Fräuleute wird es gewiß interessant sein, einen Einblick in die Kenntnisse des Betriebsleiters der Firma Burgbaum zu bekommen. Kann es doch nicht selten vor, daß Schlosser, die neu eingestellt wurden, acht Tage lang ohne Hammer in der Fabrik arbeiten mußten. Zu den Mächtigkeiten gehörte es auch, daß die Leute sich um das Werkzeug balgen mußten. Das zu den Maschinen benötigte Eisen muß in den meisten Fällen pfundweise beim Eisenhändler geholt werden. Angesichts solcher Tatsachen hat man noch die Stime, die Leute in Accord zu beschäftigen. Ein ausgefitteter Schieber einer Lokomotive sollte nach Angabe des Betriebsleiters wieder genau so eingeholt werden, wie er sich eingefressen hatte. Erst ein Schlosser mußte den Mann auf seine — Schlaube aufmerksam machen. Alle Streiche dieses Fräuleutes hier aufzuführen, ist unmöglich, der Raum dieser Zeitung wäre zu klein dazu. Die Firma sucht nun, um einen weiteren Druck auf die Streikenden auszuüben, in den hiesigen Zeitungen Tagelöhner. Es haben sich auch eine Anzahl solcher Leute gefunden, die sonst das ganze Jahr der Arbeit aus dem Wege gehen. Diese sollen nun an den wenigen in der Fabrik befindlichen Hilfsmaschinen und an den Schraubstöcken beschäftigt werden. Die Firma wird jedenfalls mit diesen Leuten versuchen, eine noch höhere Ausschreitung wie die goldene Nebelalle, die sie kürzlich in München erhalten hat, herauszufinden. Es wird aber nun den Unterschied zwischen ihrem alten Stamm von Arbeitern und den jetzt dort beschäftigten ehemaligen Bäckern und Metzgermeistern kennen lernen. Zu ihrem bisherigen Schaden wird nun noch das Lehrgeld für die Arbeitswilligen kommen. Es kann den Streikenden nur erwünscht sein, wenn die Firma noch einige dieser sogenannten Schlosser in ihren Betrieb bekommt. Die Streikenden werden wie bisher auch fernertin fest und treu zusammenhalten.

Schlösser.
Hamburg. Der Streik der Schlosser ist mit Erfolg beendet.
Schläger.
Großschönau. Auf Betreiben einiger Scharfmacher der Oberläufiger Metallschläger-Zunngung sollten die Löhne der ohnehin schlechtbezahlten Schlägergehilfen eine bedeutende Kürzung erfahren. Schon vor Ablauf des letzten Arbeitsvertrages wurde mit allen Mitteln darauf hingearbeitet. Nachdem ein Zunngungsmeister damit gedroht hatte, daß der neue Arbeitsvertrag mit den gekürzten Löhnen bald in Kraft treten würde, nahmen die Metallschläger in einer Versammlung zu der Angelegenheit Stellung. In dieser Versammlung wurde der Gesellenauschuß beauftragt, eine Verapredung mit der Zunngung herbeizuführen, um diese zu veranlassen, von einer Kürzung der Löhne abzusehen. Die gemeinsame Sitzung fand am Sonn-

tag den 18. Juli im Weinhaus in Großschönau statt. Hier wurde beschlossen und protokolllarisch festgelegt, daß der Arbeitsvertrag, der bisher bestand, noch ein weiteres Jahr gelten soll, daß es also nach wie vor für einen Schlag (100 Blat) Schlägen inklusive Einflüssen und Pressen 14 Pf. gibt. Aus allen Voranfragen in der letzten Zeit konnte man erkennen, daß die größere Mehrzahl der Kleinmeister dieses Verdictes gleichkommt. Zu spät haben die Kleinmeister jedenfalls auch eingesehen, daß sie sich durch ihr Verhalten während der letzten Metallschlägerbewegung selbst schwer geschädigt haben. Die größten Drangsalierungen ihrer Auftraggeber müssen sie sich jetzt wieder gefallen lassen. Die paar Großmeister verlangen eine tadellose Ware für den traurigsten Preis. Die wenigen Großen, die es während und kurz nach dem Streik mehr gab, sind längst doppelt und dreifach wieder abgezogen worden. Die Kleinmeister müssen sich alles gefallen lassen, was ihnen von anderer Seite geboten wird. Die Arbeiter haben in den Organisationen ihren Rückhalt. Während der Verhandlungen mit der Junnung war ein Vertreter des Verbandes vorstehend in Großschönau, eine eventuelle Kürzung der Löhne wäre mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewehrt worden. Pflicht der Metallschläger und Auslegerinnen ist es, nach wie vor treu zur Organisation zu halten, nur wenn hier alle ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, sind wir jederszeit in der Lage, den Kampf aufzunehmen, ganz gleich, ob es einer Abwehr oder einem Angriff gilt.

Rundschau.

Neue Ausperrung in Sicht!

In Breslau streiken seit dem 13. Juli die Dreher mehrerer Betriebe, weil die Unternehmer keinerlei Entgegenkommen zu der eingereichten Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrags zeigten. Man hat der Schlesiische Metallindustriellen-Verband zu der Angelegenheit Stellung genommen. Er sandte an die bürgerliche Presse folgende Rundgebung:

„Die Hartnäckigkeit, mit der die Organisation der Arbeitnehmer immer und immer wieder bestrebt ist, Lohnsätze bedingungslos vereinbaren zu lassen, Affordgarantien, Herbeiführung der neunstündigen Arbeitszeit sowie tarifliche Bindung überhaupt zu erzielen, zwingt die Arbeitgeber, energisch Stellung gegen diese Bestrebungen zu nehmen, da Handel und Industrie durch die fortwährenden für diese Zwecke in Szene gesetzten partischen Streiks beunruhigt und in ihrer geistlichen Entwicklung gehindert werden.“

Aber nicht nur die Arbeitgeber, auch die Arbeitnehmer sind die Geschädigten. Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse können nicht durch Zwang und Tarif erreicht werden, das kann nur erzielt werden durch Steigerung der Leistungsfähigkeit industrieller Unternehmungen, für welche eben auch die Leistungen der Arbeitnehmer einen bedeutenden Faktor darstellen. — Zurückgehende Werke, die keinen Absatz haben, die nicht Hervorragendes leisten, können nichts verdienen, können also auch nicht die Löhne aufbessern.“

Trotz der in Erscheinung getretenen weltgehenden Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, den Wünschen der Arbeitnehmer entgegenzukommen, soweit dies möglich ist, trotzdem laufend Lohnverbesserungen, bessere Bezahlung der Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit in den hiesigen Betrieben vorgenommen worden sind, haben es die Organisationen doch vorgezogen, durch Verhängung von Streiks bei einzelnen Fabriken, welche durch die Auslösung hierzu bestimmt wurden, Unternehmungen von Tarifforderungen erzwingen zu wollen. So wie jeder Druck Gegenstand erzeugt, so führte auch hier die Unverträglichkeit dieser Zustände zu einem Zusammenschluß aller hiesigen Betriebe zwecks gemeinsamer Vorgehens und um zu verhindern, daß durch die jetzt beliebige Taktik der Organisationen die wirtschaftlich Schwächeren durch langsame Verbluten nachgiebig gemacht werden.“

Die Beratungen zielten den Beschluß, daß bei sämtlichen hiesigen Firmen der vorbestimmten Industrien alle organisierten Metall-, Eisen- und Revolverdrehler vom Dienstag den 1. August cr. ab ausgesperrt werden, falls nicht die bei den einzelnen hiesigen Betrieben in Aussicht getretenen Metall-, Eisen- und Revolverdrehler am Montag, den 31. Juli cr., die Arbeit wieder aufgenommen haben. Weist diese Maßnahme ohne Erfolg, so schließen sämtliche bezeichneten Firmen am Mittwoch den 8. August cr., abends, ihre Betriebswerkstätten.“

Neues erhält diese Rundgebung ja nicht, sie ist nur wieder ein Beweis, wie merkwürdig sich in manchen Köpfen die Welt malt. Ein Teil der Breslauer Metallarbeiter hat bereits zu der angeführten Maßregel in einer Versammlung am 27. Juli Stellung genommen. Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung aller in der Maschinenbauanstalt Breslau beschäftigten Arbeiter erklärt sich mit dem Vorgehen der Dreher voll und ganz einverstanden und spricht ihnen volle Sympathie aus. Da nun trotz wiederholter Versuche bisher eine Einigung zwischen den Drehern und der Direktion nicht zustande gekommen ist, so beauftragt die Versammlung die bestehende allgemeine Lohnkommission, mit der Direktion über die Forderungen der Dreher zu verhandeln. Ferner erklären die Versammelten, der angeordneten Aussperrung in aller Ruhe entgegenzusehen.“

Aus deutschen Gewerkschaften.

Die Opfer der Brauerausperrung in Rheinland und Westfalen. In Köln sind von 168 Aussperrten bisher erst 80 wieder eingestellt worden; in Wülheim (Rhein) und Ralf von 94 nur 12; in Düsseldorf von 217 im ganzen 22 Mann.

Der Textilarbeiterverband hat im ersten Quartal 1905 7262 Mitglieder aufgenommen, er zählte am Schlusse des Quartals 58520, darunter 16238 weibliche. Das Vermögen des Verbandes betrug am 30. Juni 396394 Mk.

Der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter hat seinen Abschied in den Gewerksvereinen der Maschinenbauer beschlossen; der Abschied erfolgt am 1. Oktober. Der Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter stagnierte schon seit Jahren. Am Jahresabschluss 1904 zählte er 3466 Mitglieder gegen 8455 im Jahre 1899.

Der Verbandstag der Maler, der im März dieses Jahres tagte, hatte den Vorstand beauftragt, Schritte zu tun, um eine Vereinigung des Verbandes mit der Zentralwerkstätten der Maler herbeizuführen. In dieser Sache fand am 14. Juli eine gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände statt, deren Ergebnis ist, daß man glaube, die Verantwortung für eine Empfehlung der Auflösung der Kaffe nicht übernehmen zu können, so wünschenswert die Verschmelzung auch sei. Es wurde daher Abstand genommen, in der Angelegenheit positive Vorschläge zu machen. Den Mitgliedern wird jedoch empfohlen, in die Verwaltungen der Zentralwerkstätten nur organisierte Kollegen zu wählen.

Ein Verband der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen ist gelegentlich des Stuttgarter Genossenschaftstages gegründet worden. Gegen diese Ganderorganisation wendet sich das Organ des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, da für die kaufmännischen Angestellten, zu denen auch die Vorstandsmitglieder gehören, der Zentralverband der Handlungsgehilfen die zuständige genossenschaftliche Organisation sei. Dem Zentralverband gehörten hiedies bereits etwa 50 Vorstandsmitglieder an und er sei im Begriff mit dem Zentralverband Deutscher Kaufmänner eine Regelung der Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der kaufmännischen Angestellten herbeizuführen.

Eine einheitliche polnische Gewerkschaftsorganisation soll durch den Zusammenschluß der polnischen Gewerkschaften geschaffen werden. Zu diesem Zwecke fand in Jersch eine Versammlung statt, in der Proskot aus Dortmund referierte. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt; es soll sich mit dieser Frage eine neue größere

Versammlung beschäftigen. Wir halten eine polnische Gewerkschaftsorganisation für mehr als überflüssig.

Die königlichen Bergleute am Deister traten plötzlich am 19. Juli in den Ausstand. Von den 3000 Arbeitern des Steinkohlensbergwerkes Barsinghausen (Hannover) legten 1800 die Arbeit nieder. Niedrige Löhne, schlechte Behandlung durch die Beamten, Unterdrückung der Selbständigkeit, rigorose Strafen, Verkürzung der Strafen u. s. m. trieben diese Arbeiterbergleute, von denen kein einziger einer Organisation angehörte, zum Streik. Der Streik verlief jedoch nach wenigen Tagen resultatlos. Die Verwaltung hatte unter Zustimmung des Bergbauministers von Deiten erklärt: Es wird nichts bewilligt, ein Grund zum streiken ist nicht vorhanden.

Einen Tarifvertrag für die Hausindustrie in Offenbach und Umgebung ist vom Verband der Portefeuller nach dreimonatlichen Verhandlungen nunmehr abgeschlossen worden. Der Tarif setzt die 54stündige Arbeitswoche fest und Mindestlöhne von 28 Pf. pro Stunde nach dem ersten und 32 Pf. nach dem zweiten Lehrjahr. Den Affordarbeitern muß 18 Mk. pro Woche mindestens ausbezahlt werden. Für Übersunden werden Zuschläge bezahlet. Für Arbeiterinnen sind Mindestlöhne von 6 Mk. nach dem ersten und 7 Mk. nach dem zweiten Lehrjahr der Lehre festgesetzt, steigend von da ab halbjährlich um 1 Mk. bis 11 Mk.

Die Rheinisch-Westfälische Glätten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft

hat ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1904 veröffentlicht. Nach dem darüber in den Zeitungen veröffentlichten Auszug belief sich die Zahl der katastrierten Betriebe am 1. Januar 1905 auf 221 mit 186361 versicherten Personen, was ein Mehr von 6900 Versicherten gegen das Vorjahr bedeutet. Die bezahlten Löhne und Gehalte beliefen sich 1904 auf 187160885 Mk. (19198428 Mk. mehr als 1903). Davon entfallen auf den Kopf der Versicherten 1366,58 Mk., das heißt 80,19 Mk. mehr als 1903. An Entschädigungsbeträgen wurden bezahlt 3278485 Mk. gegen 2964114 Mk. im Vorjahr, also mehr 309320 Mk. oder 10,4 Prozent. Die Zahl der verletzten Personen, für die im Laufe des Jahres 1904 Entschädigungen festgestellt worden sind, betrug 2129, das heißt 16 auf 1000 Versicherte; die Folgen der Verletzungen waren bei 147 Tod, bei 1471 teilweise, bei 165 völlige und bei 348 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl aller Verletzten, für die Unfallanzeigen erfaßt wurden, belief sich auf 26238, das heißt 192 auf 1000 Versicherte. Einnahmen und Ausgaben der Berufsgenossenschaft balanzieren mit 4408417 Mk. Der Reservefonds hatte aus 1903 einen Bestand von 6819214 Mk., hierzu kommen Zinsen mit 216183 Mk. und eine Einlage von rund 618697 Mk., so daß er sich nunmehr auf 7649096 Mk. beläuft.

Der technische Ausschichtsbeante der Genossenschaft hat 149 Werkbeschäftigungen vorgenommen. Maschinen ohne die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen werden immer noch geliefert. Der Bericht empfiehlt daher den Genossenschaftsmitgliedern, solchen Fabriken, die immer noch nicht verstehen wollen, daß die Schutzvorrichtungen nunmehr ein unbedingt erforderlicher Bestandteil der Maschinen sind, keine Bestellungen zu überreichen. Der Arbeiterwechsel ist wieder lebhafter geworden und betrug 1904 im Bezirk der Genossenschaft 43,55 Prozent gegen 42,3 Prozent im Vorjahr und 39,8 Prozent im Jahre 1902. Die Zahl der Unfälle im ersten Jahre der Beschäftigung überhaupt ist auf 36,8 Prozent gestiegen gegen 34,8 Prozent im Vorjahr und die Zahl der Unfälle im ersten Jahre der Beschäftigung mit der unfallbringenden Arbeit 42,36 Prozent gegen 40,70 Prozent im Vorjahr. Der technische Beauftragte hat mit 52 Meistern und Arbeitern aus den Betrieben der Genossenschaft die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg besucht; der Erfolg war in jeder Hinsicht befriedigend. Auf mehreren Werken haben Meister, die die Ausstellung besichtigt hatten, Anordnungen nach gesehenen Mustern getroffen. In einem größeren Werke sind in einer neu erbauten Reparaturwerkstätte sämtliche Arbeitsmaschinen mit Schutzvorrichtungen nach Ausstellungsmustern versehen worden, so daß diese Werkstätte sich ganz besonders auszeichnet.

§ 153 der Gewerbeordnung und der Nötigungsparagraß des Strafgesetzbuchs.

Eine Arbeiteraussperrung der Fahrradfabrik „Brandenburgia“ zu Brandenburg a. P. zielte einen in mehrfacher Beziehung interessanten Strafprozeß wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung, der jetzt das Kammergericht als Revisionsinstanz beschäftigt hat. Der Direktor der Fahrradfabrik verkündete eines Tages, daß bis auf weiteres statt bis 6 Uhr abends, dem üblichen Arbeitschluß, bis 7 Uhr gearbeitet werden solle. Die Arbeiter verlangten darauf für die Überstunde 80 Prozent Lohnzuschlag. Da dies nicht zugestanden wurde, verließen sie, wie immer, um 6 Uhr die Fabrik. Das wurde durch eine Strafe von 50 Pf. geahndet. Wer am nächsten Tage um 8 Uhr ging, wurde ausgesperrt. So erging es Sch. und K. K. durfte dann aber wieder arbeiten, weil er sich bereit fand, ohne Zuschlag die Überstunde zu machen. Das veranlaßte Sch., ihn beim Treppen auf der Straße zu stolpern. Als K. aus einer Kneipe kam, in die Sch. hineingehen wollte, packte dieser ihn bei der Brust und sagte: „Alte, bleib man drin, mit dir habe ich noch zu reden.“ Auf einen Zuruf aus dem Lokal ließ Sch. ihn los. Dieser Wo. „ang“ trug Sch. die Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung ein, monach mit Gefängnis bestraft wird, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen u. dgl. bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen gemäß § 152 teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, das heißt an Verabredungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das Landgericht Potsdam als Berufungsinstanz verurteilte Sch. zu 3 Tagen Gefängnis, indem es für „festgestellt“ erachtete, daß Sch. durch das Anpacken K.'s und durch die Worte: „Ich habe noch mit dir zu reden!“ den K. mit Schlägen bedroht habe, um ihn zur Unterlassung der Überstundenarbeit ohne Zuschlag zu bewegen. Die übrigen Voraussetzungen des § 153 seien auch gegeben.

Angelagter legte Revision ein, die von den Rechtsanwällen Dr. Heinemann und Muth gerechtfertigt wurde. Es wurde die Vorentscheidung von vierhundert Gesichtspunkten aus angefochten. Wenn der Vordereichter für festgesetzt erachte, daß Sch. den K. mit Schlägen bedroht habe, um in der fraglichen Richtung auf ihn einzuwirken, dann liege darin der Tatbestand eines Nötigungsversuchs und es hätte § 240 des Strafgesetzbuchs Anwendung zu finden. Durch seine Nichtanwendung könne sich Angeklagter befreit fühlen, weil er Geldstrafe zulasse, was bei § 153 der Gewerbeordnung ausgeschlossen sei. (An sich ist § 240 des Strafgesetzbuchs die schwerere Bestimmung.) Schon deshalb müsse die Vorentscheidung aufgehoben werden. Auch hätte das Landgericht prüfen müssen, ob nicht bloß eine tätliche Beleidigung vorliege, in welchem Falle auch Geldstrafe zulässig wäre. — Was nun die Feststellungen des Gerichtes im einzelnen angeht, so sei zu bemerken, daß es sich ja gar nicht um eine Verabredung der Arbeiter zur Einstellung der Arbeit handle, sondern nur um einen Anheerung gegen eine Anordnung der Fabrikleitung, dem schlechtesten Entlassung folgte. Allerdings sei für die Überstunde ein Zuschlag gefordert worden. Es fragt sich aber, ob die Arbeiter sich dadurch nicht bloß vor den ihnen zugemuteten Überstunden schützen wollten, oder nicht bloß ihre Absicht gewesen sei, den vertragsmäßigen Zustand des sechs- oder siebenstündigen Tages zu erhalten. Das Landgericht hätte deshalb prüfen müssen, ob die Fabrikordnung gestattete, wärklicher die Arbeitszeit bei Aufrechterhaltung des gewöhnlichen Lohnes zu verlängern. Wäre das nicht der Fall, dann seien die Arbeiter nur bestrebt gewesen, einen vertragsmäßigen Zustand zu erhalten und der Betriebsleiter hätte in diesem Falle vertragswidrig gehandelt. Von der Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung könnte dann gar keine Rede sein, weil die Verabredung zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen“ fehlte.

Das Kammergericht gab denn auch der Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache nochmals an das Landgericht. Sowohl die letzten Ausführungen der Revision

über die Anwendbarkeit des § 153 der Gewerbeordnung an sich als auch die über die eventuelle Anwendung des Nötigungsparagraßen sollen bei neuer Verhandlung berücksichtigt werden.

Untersuchung der Einrichtungen und des Betriebs der Metallschleifereien.

Der Reichskanzler hat an den Handelsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: In den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist schon seit langem auf die großen Gesundheitsgefahren hingewiesen worden, denen die Arbeiter in den Metallschleifereien beim Schleifen, Wälzen, Polieren und Putzen ausgesetzt sind. Die Schleifer leiden infolge der Einatmung von Metall- und Mineralstaub vornehmlich an Lungenerkrankheiten, insbesondere an Schleierrasthma und Lungentuberkulose. Der Gewerbeinspektor zu Pforzheim hat aus 15 Krankenlisten seines Bezirkes folgende Erkrankungslisten der Schleifer ermittelt: Von je 1000 Mitgliedern erkrankten an Lungenschwindsucht:

1894	93	Schleifer,	7,0	Nichtschleifer,
1895	86		7,6	
1896	27		8,4	

Nach dem genannten Berichtsteller soll dieser Beruf so gesundheitsgefährlich sein, daß Schleifer im Alter von 40 bis 45 Jahren nur selten angetroffen werden. Besonders sind die Nabelschleifer gefährdet, über welche der Physikus zu Pforzheim schon im Jahre 1868 schrieb: „Die Nabelschleifer gehen durchschnittlich nach 15- bis 25jähriger Tätigkeit, zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr, an Lungenschwindsucht zugrunde.“ Das mittlere Lebensalter der von 1851 bis 1868 in Pforzheim verstorbenen Schleifer betrug 31 Jahre, krieg aber dank einer zum Schutze der Schleifer erlassenen Polizeiverordnung in dem Zeitraum 1865 bis 1897 auf 41 Jahre. Indessen wurden während dieser Zeit immer noch 55,5 Prozent von den Todesfällen unter den Nabelschleifern durch Lungenschwindsucht verursacht. Die Metallschleifereien sind entweder Trockenschleifereien oder Nassschleifereien. In den Trockenschleifereien atmen die Schleifer Metallstaub sowie auch Sandfein- oder Schmirgelstaub und den Staub der Schleifmittel ein, wenn er nicht abgesaugen und abgesaugt wird. In den Nassschleifereien ist die Staubgefahr zwar erheblich geringer, doch leiden die Schleifer unter anderen Schädlichkeiten. Die Arbeitskäume sind feucht; die Arbeiterkleider der Arbeiter werden vom Schweißschlamm durchnäßt, und die Schleifer sind beim Schleifen, wobei sie die Gegenstände an die auf sie zu laufenden Steine andrücken müssen, starken Erschütterungen ausgesetzt. Auch die Nassschleifer atmen zeitweise, nämlich bei dem täglich zwei- bis dreimal erfolgenden Aufhauen der Steine, Sandstaub ein. Zudem sind in den Nassschleifereien einzelner Bezirke sehr lange Arbeitszeiten, im Regierungsbezirk Ulmsberg zum Beispiel im Winter 11 bis 12 Stunden, im Sommer bis zu 14 Stunden üblich. . . .

Es ersieht daher geboten, den Erlass reichsrechtlicher Vorschriften in Ermägung zu ziehen. Demgemäß beehre ich mich, zu eruchen, diese Frage auf Grund der Verhältnisse von den Gewerbeaufsichtsbeamten eingehend prüfen zu lassen. Die Vorschriften, die für eine Verordnung in Betracht kommen würden, habe ich unter Zugrundelegung der oben angeführten Polizeiverordnungen sowie unter Berücksichtigung der von einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten bewährtesten Maßnahmen von meinem technischen Referenten zusammenstellen lassen.

Das Zentrum und das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Im Wahlkreis Essen findet demnächst eine Reichstagswahl statt. Vom Zentrum ist der Arbeitersekretär Giesberts als Kandidat aufgestellt, der sich für die Gewährung des Koalitionsrechtes, an die Landarbeiter und Diensthöten ausgesprochen hat. Davon herrscht in den Kreisen der Landwirte große Verstimung, die in einer von der katholischen Kölner Volkszeitung an der Spitze ihrer Nummer 582 veröffentlichten Zuschrift mit folgenden Worten beschwichtigt wird:

„Wenn es wirklich dazu käme, daß durch einen allgemeinen Ausstand der Landarbeiter die Ernte dem Verderben und Verfaulen ausgesetzt wäre, so wird schon dafür gesorgt werden, daß ein solches Unglück nicht eintritt. In der Verlegung der Ernte haben nicht nur die Landwirte und die landwirtschaftlichen Arbeiter ein Interesse, sondern die ganze Bevölkerung; das Gemeinwohl würde verlangen, daß man in diesem Falle den Austrag von Differenzen zwischen den Landwirten und den Landarbeitern nicht den zunächst Beteiligten allein überlasse, und darum würde ganz zweifellos im gegebenen Augenblicke die Militärbehörde durch Abkommandierung von geeigneten Leuten in ausreichender Zahl verhindert, daß die Ernte verderbe oder verfaule. Das fragliche Blatt sollte daher auf seine herrschlichen Überredungen nur verzichten. Es wird damit keinen besonnenen Landwirt täuschen.“

Die „Kölner Volkszeitung“, die diese Auslassung ohne jede Kritik abdruckt, ist demnach „grundlos“ so lange für das Koalitionsrecht der Landarbeiter, als diese von dem Rechte keinen Gebrauch machen. Sollten sich aber die Arbeiter einsallen lassen zu streiken, so muß sofort durch Abkommandierung von Soldaten „in ausreichender Zahl“ einem Verderben der Ernte vorgebeugt, das heißt jede Wirkung des Koalitionsrechtes aufgehoben werden. Es wäre nun interessant, von Herrn Giesberts selbst zu erfahren, ob er mit dieser Stellung des Hauptorgans der Zentrumspartei einverstanden ist oder nicht. Denn was soll den Landarbeitern das Koalitionsrecht nützen, wenn sie zu der Zeit, wo sie allein Forderungen durchsetzen könnten, durch das Militär daran gehindert werden.

Neue ein paar Tatsachen.

und bloß aus neuerer Zeit stellt die Neue Gesellschaft fest, aber sie genügen, um die ganze rechtliche Misere, unter der die deutsche Arbeiterschaft zu leiden hat, zu charakterisieren. Man höre nur:

Ein Streikender sagt zu einem Arbeitswilligen: „Wenn du Geld brauchst, kriegst du welches aus dem Verband.“ — Das ist eine Beleidigung und wird mit fünf Tagen Gefängnis bestraft. „Wir werden dich schon kriegen“ (nämlich in den Verband), ist eine Drohung mit einem Abel und kostet eine Woche Gefängnis. „Guch (den Streikbrechern) kommt der Teufel auf den Kopf“ — drei Monate Gefängnis. „Streikbrecher!“ — drei Wochen Gefängnis. „Wir werden uns in der Versammlung mit dir beschäftigen“ — drei Monate Gefängnis. „Wir werden dich bei den Schwelnsöhren kriegen“ — ein Monat Gefängnis.

„Fui!“ (und Auspellen) — ein Monat Gefängnis. „Streikbrecher, Spieghelacker“ — zwei Monate Gefängnis. „Macht, daß ihr fortkommt, sonst schieße ich“ (und Klappern mit dem Beckel der Schnupstabsdose) — drei Monate Gefängnis. Ein Arbeitswilliger nennt die Streikenden „Lumpen“ und erhält dafür eine Ohrfeige. Der Antisozialist beantragt gegen den Antisozialisten fünf Monate Gefängnis. Mit dem Ausdruck Lumpen sei niemand beleidigt worden, da man Selbstlose gemeinhin als Lumpen bezeichne — Urteil sechs Wochen Gefängnis. —

Das Herrenhaus des preussischen Landtags beschloß am 28. Juni, die königliche Staatsregierung zu eruchen, sobald als möglich und mit allem Nachdruck Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, den Arbeitswilligen den Schutz zuteil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Ein Führer des Zentrums, Graf Ballestrin, stimmte für diesen Beschluß.

Ein idyllisches Verhältnis.

Es ist jetzt kam eine Notiz in Nr. 5 der Allgemeinen Schlofferzeitung zu Gesicht, aus der wir ersehen, daß der Schloffergefelleneretel in Götting am 28. Januar sein fünftes Stiftungsfest feierte, wobei gleichzeitig die Einweihung der aus dem Jahre 1850

flammen und jetzt renovierten Vereinsfahne erfolgte. Über dieses hochwichtige Ereignis...

einer kraftvollen Ansprache erfolgte. Hierauf überreichte der Obermeister der Schlosserinnung...

lebendes Bild, das mit nicht erdenmüßigem Jubel begrüßt wurde. Humoristische Vorträge...

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)

Duisburg, Samstag, 12. Aug., abds. 9 Uhr im „Gambinus“...

Sannover-Linden (Elektromonteur), Donnerstag, 10. Aug., abds. 9 Uhr...

Wülheim a. d. Ruhr u. Umgegend, Sonntag, 13. Aug., vorm. 11 Uhr...

Stendal-Langerhütte, Am 11., 12., 25. u. 26. jeden Monats in Langerhütte...

Hierlohn. Das Bureau der hiesigen Verwaltungsstelle befindet sich jetzt Mühlenweg 15.

In der Privatklage des Lagerhauers Otto Müller zu Hagen i. B. Privatkläger...

MUSIK KLANGENHALT... KATALOG (1932) UNISONI + POSTFREI

Verlangen Sie... Ket's & Hagemann Orsay an der holl. Grenz.

Strickmaschinen... echt blaue Körper-Anzüge Katalog und Proben gratis.

30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie... Emil Jansen, Stahlwarenfabrik u. Versandhaus.

WER... J. Jendrosch & Co. Charlottenburg 5. No. 8.

Lebens... größte eses ca für 3 M. Porto, Versandung 50 M. Anfertigung...

Umsonst... Pracht-Katalog über Uhren aller Art, hochmod. Ketten, Ringe...

Der IV. Internationale Metallarbeiter-Kongress... am 12., 13. und 14. August 1904.

Orkan-Fahrräder... für den Sommer 1905 wiederum die besten und hoch die billigsten.

Urania... feinste Qualitätsmarke... Preisliste enorm billig.

Gold- und Silberwaren... Wecker-Uhren mit Absteller, Nickel-Remont-Uhr...

Deutsche Uhren-Industrie... Berlin S. 48. Maximal beste Bezugsquelle für Uhrmacher.

Julius Busse... Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzwaren...

Optische Artikel... Echt goldene Ringe, Kaffeefervice, vernickelt, 4 teil., 1/2 Lit.

Photograph. Apparate... Bedarfsartikel, Neuester Katalog, Empfehlung viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.